



Foto: fizkes/Adobe Stock

Parallel zur Krankenhausreform soll über ein neues Gesetz auch die ambulante ärztliche Versorgung verbessert werden.

SoVD: Entkernter Gesetzentwurf weist Lücken auf – Gesundheitskioske wieder einbringen

Ambulante Versorgung stärken

Die Bundesregierung hat den Weg frei gemacht für eine Reform der ambulanten Versorgung. Am 22. Mai stimmte das Kabinett einem Gesetzentwurf namens „Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz“ (GVSG) von Gesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zu. Es sieht vor allem bessere Arbeitsbedingungen für Hausärzt*innen vor. Das GVSG war zuvor um wesentliche Inhalte entkernt worden. Der SoVD sieht demzufolge erhebliche Lücken.

Parallel zur Krankenhausreform, die die Versorgung in Kliniken verbessern soll, zielt das GVSG auf die stärkere Absicherung der Gesundheitsversorgung in den Praxen vor Ort ab.

Hausärzt*innen sollen demnach größere finanzielle Spielräume erhalten. Geplant ist eine Entbudgetierung. Mit dieser entfallen – wie schon bei den Kinderärzt*innen – die Honorarobergrenzen bei der Vergütung. Ärzt*innen erhalten künftig mehr Geld, wenn sie mehr

Patient*innen aufnehmen. Mehrarbeit soll somit sicher bezahlt werden, auch wenn das Budget ausgeschöpft ist.

SoVD befürwortet Stärkung der hausärztlichen Versorgung

Eine neue „Vorhaltepauschale“ erhalten Praxen, die bestimmte Kriterien erfüllen. Diese wurden noch nicht festgelegt. Haus- und Pflegeheimbesuche oder erweiterte Öffnungszeiten könnten dazu gehören. Auch den Zugang zu Arzterminen will Lauterbach

erleichtern, unter anderem durch die Einführung einer Jahrespauschale zur Behandlung chronisch Kranker, die dauerhaft Medikamente einnehmen. Dies soll Quartalsbesuche zum Rezeptabholen beziehungsweise aus Abrechnungsgründen vermeiden und Kapazitäten für akute Behandlungsfälle schaffen.

Hier setzt einer der Kritikpunkte des SoVD an. Zwar befürwortet der Verband die Stärkung der hausärztlichen Versorgung
Fortsetzung auf Seite 2

Problembewusstsein und Zukunftsängste

Sozial-Klimarat berät über politische Maßnahmen

Seite 7



Neustart der Patientenberatung

UPD steht bei Fragen zur Gesundheit zur Verfügung

Seite 3



Pflege und Beruf kaum vereinbar

Angehörige müssen ihren Job oftmals aufgeben

Seite 9



EU-Wahl: Dafür stehen die Parteien

Wahlprüfsteine des SoVD

Seite 4 + 5



Blickpunkt

Vom 6. bis zum 9. Juni wählen die Bürger*innen der Europäischen Union das Europäische Parlament. Die Herausforderungen, die die EU zu meistern hat, sind groß: Ukraine-Krieg, Migration, Klimawandel, Energiekrise und Inflation. Mehr denn je brauchen wir gerade jetzt ein starkes und geeintes Europa – in dem Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit, freiheitliches und demokratisches Denken und Handeln, Toleranz und Respekt die Grundlagen der Gemeinschaft der 27 Mitgliedsländer bilden. Leider

haben rechtspopulistische, fremden- und minderheitenfeindliche Kräfte europaweit Zulauf. Das lässt sich nicht beschönigen. Bei uns in Deutschland ist es die AfD, die die Grundwerte der demokratischen Gesellschaft infrage stellt. Rechtsextreme und ausgrenzende Parolen sind fester Bestandteil ihrer Parteiprogrammatik. Oft versprechen sie vermeintliche Lösungen für die Sorgen der Menschen, säen stattdessen aber nur Zwietracht und Hass. Jetzt kommt es darauf an, wie sich jede*r Einzel-

ne verhält. Überlassen wir – wie damals im dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte – antidemokratischen Kräften das Feld, berauben wir uns unserer Werte und vergiften unser friedliches Miteinander. Autoritäre Regierungen und rechtsradikale Parteien dürfen nicht die Politik Europas bestimmen! Bitte gehen Sie am 9. Juni zur Wahl und entscheiden Sie sich für eine proeuropäische Partei und gegen die AfD!

Michaela Engelmeier
SoVD-Vorstandsvorsitzende

Hier befindet sich das
Adressfeld für die Etikettierung
im Einzelversand

SoVD: Entkernter Gesetzentwurf weist Lücken auf – Gesundheitskioske wieder einbringen

Transparenzregister mit Infos

Ambulante Versorgung stärken

Fortsetzung von Seite 1

– auch unter dem Gesichtspunkt der demografischen Entwicklung. Dabei ist aus Sicht des Verbandes insbesondere die hausärztliche Grundversorgung wichtig. Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier warnt jedoch an diesem Punkt vor finanziellen Fehlanreizen: „Die jährliche Versorgungspauschale für chronisch kranke Menschen birgt die Gefahr einer Verschlechterung der ärztlichen Versorgung gerade für besonders betreuungsintensive Patient*innen.“

Psychotherapie für Kinder und Jugendliche erleichtern

Ausdrückliche Zustimmung findet hingegen das Vorhaben, die psychotherapeutische Versorgung auf dem Gesetzesweg zu stärken. Das soll vor allem Kindern und Jugendlichen den Zugang zu psychotherapeutischen Behandlungen erleichtern. Bei der Beantragung von Kurzzeittherapien sind hierzu entsprechende „Vereinfachungen und Flexibilisierungen“ vorgesehen. „Dies sind gute Schritte zur Verbesserung“, stellt Michaela Engelmeier fest. Daneben sei aber auch eine weitere Stärkung der allgemeinen psychotherapeutischen Versorgung wichtig: „Immer mehr Menschen brauchen Hilfe. Neben der Therapie

müssten deshalb auch Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung psychischer Erkrankungen kurzfristig greifen können.“

Ebenso befürwortet der SoVD eine den gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) betreffende gesetzliche Neuerung. Demnach sollen Patientenvertreter*innen und auch Pflegekräfte im zentralen Selbstverwaltungsorgan des Gesundheitswesens endlich mehr Mitspracherecht erhalten.

Gesundheitskioske wieder ins Spiel bringen

Hinsichtlich der Stärkung der ambulanten Versorgungsstruktur insgesamt sieht der SoVD erhebliche Lücken, nachdem wesentliche, im ursprünglichen Entwurf enthaltene Regelungen vor der Beratung im Kabinett gestrichen wurden. So möchte Lauterbach zwar weiterhin die Gründung von kommunalen medizinischen Versorgungszentren (MVZ) stärken. Aber die Einführung von Gesundheitskiosken, die niedrigschwellige Anlaufstellen in unterversorgten ländlichen Gebieten oder strukturschwachen Stadtvierteln bilden sollten, steht nicht mehr im Gesetzentwurf. „Patient*innen mit besonderem Unterstützungsbedarf muss stärker geholfen und die Versorgung besser koordiniert werden. Die Gesundheitskioske könnten in benachteiligten



Foto: contrastwerkstatt / Adobe Stock

Viele niedergelassene Ärzt*innen sind über 65 und gehen in Rente.

Regionen helfen, dies zu kompensieren“, sagt dazu Engelmeier. Ohne die Stärkung der ambulanten Versorgungsstruktur werde das Gesetz seinem Namen kaum gerecht. „Wir hoffen, dass die Regelung im parlamentarischen Verfahren wieder ins Gesetz aufgenommen wird.“

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende betont, dass eine Vernetzung mit bestehenden Strukturen und Netzwerken nötig sei, um Doppelstrukturen zu vermeiden. Soweit Gesundheitskioske unabhängig vom Versicherungsstatus und vermehrt zur sozialen Situation berieten, müsse sich das auch bei der Finanzierung widerspiegeln. Ein zu hoher Kos-

tenanteil der Beitragszahlenden sei nicht gerechtfertigt: „Für Sozialarbeit sind die Kommunen verantwortlich, nicht die Beitragszahlenden.“

Immer mehr Ärzt*innen gehen in den Ruhestand

Das ambulante Versorgungsnetz dünnt immer mehr aus, weil viele niedergelassene Hausärzt*innen der geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen. Bundesweit liegt der Anteil der Ärzt*innen, die mindestens 65 Jahre alt sind, bei 16,2 Prozent. Ein Förderprogramm für zusätzliche Medizinstudienplätze wurde aus Kostengründen gestrichen. *Veronica Sina*

Klinik-Atlas ist gestartet

Das Gesundheitsministerium hat Ende Mai die ersten Funktionen des Online-Transparenzregisters für Kliniken zur Verfügung gestellt.

Alle knapp 1.700 deutschen Kliniken sind mit ihren 16,5 Millionen Behandlungsfällen in dem Online-Portal erfasst. Während Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) den Start des Bundes-Klinik-Atlases als „wichtigen Schritt für die Krankenhausreform“ sieht, kommt neben Zuspruch auch Kritik aus verschiedenen Richtungen.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier begrüßte den Klinik-Atlas grundsätzlich: „Er verfolgt das Ziel, Information und Aufklärung zu verbessern, indem er Leistungsangebote und Qualitätsaspekte der stationären Versorgung veröffentlicht.“

Eine transparente und leicht verständliche Informationsmöglichkeit sei wesentliche Voraussetzung dafür, eine selbstbestimmte und qualitätsorientierte Auswahlentscheidung für die jeweilige Behandlung treffen zu können. Es werde sich zeigen, wie groß der gebotene Mehrwert für die Patient*innen wirklich sei. „Um den Erwartungen gerecht zu werden, bedarf es einer noch stärkeren Orientierung am Patienten in der Ausgestaltung“, so Engelmeier. *veo*

Rentenreform in Kürze im Kabinett – Änderungen an den bisherigen Plänen nicht ausgeschlossen

Rentenpaket jetzt doch auf dem Weg?

Nach regierunginternem Streit und erheblichen Verzögerungen will die Bundesregierung am 29. Mai im Bundestag das Rentenpaket beschließen (Anmerkung der Redaktion: Das Datum liegt einen Tag nach dem Druck der SoVD-Zeitung). Es geht um die Sicherung des Rentenniveaus und die Absicherung der Rente in Zukunft. Das kostet viel Geld. Kurz vor knapp hat das Finanzministerium, das den Entwurf blockiert hatte, ihn am 24. Mai freigegeben.

Ursprünglich wollte die Ampelregierung die Reform bereits am 8. Mai auf den Weg bringen. Damit wollen Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) und Finanzminister Christian Lindner (FDP) das Rentenniveau stabilisieren und den auch dadurch erwarteten Anstieg der Rentenbeiträge über eine Anlage am Kapitalmarkt abbremsen.

Schon Anfang März hatten Lindner und Heil ihren Gesetzentwurf dazu vorgelegt. Es folgten Detailabstimmungen in der Regierung. Nach zwei Monaten kam dann der vorläufige Stopp: Das Finanzministerium blockierte eine Verabschiedung im Kabinett, weil unabhängig davon mehrere Ministerien hohe Ausgabenwünsche für den Bundeshaushalt 2025 vorgelegt hatten – vor allem zulasten sozi-

aler Ausgaben. Lindner hatte im Vorfeld auf einen strikten Sparkurs gedrungen. Nach der geplanten Verabschiedung in der Minister*innenrunde könnte das Gesetz in den anschließenden Beratungen im Bundestag noch verändert werden.

Rentenniveau langfristig auf 48 Prozent halten

Das Absicherungslevel der Rente – aktuell 48,2 Prozent – soll zunächst bis 2040 bei 48 Prozent gehalten werden. Ohne eine solche Festlegung würde es im Vergleich zur Lohnentwicklung sinken. Denn Millionen Babyboomer mit Geburtsjahren in den 1950er- und 1960er-Jahren gehen dann in den Ruhestand: Die Ausgaben der Rentenversicherung steigen, ihre Beitragseinnahmen sinken.

Laut Gesetzentwurf dürften die Rentenausgaben bis 2045 von derzeit 372 auf rund 800 Milliarden Euro steigen, auch zur Finanzierung des 48-Prozent-Rentenniveaus. Im zweiten Teil des geplanten Rentenpaketes will die Regierung bis Mitte der 2030er-Jahre mindestens 200 Milliarden Euro am Aktienmarkt anlegen. Im Startjahr will der Bund dazu zunächst zwölf Milliarden Euro Schulden aufnehmen. Aus den Kapitalerträgen sollen in Zukunft jährlich zehn Milliarden Euro an die Rentenversicherung fließen. Das soll verhindern, dass die Beiträge noch stärker steigen als zu erwarten. Die Regierung rechnet so mit einem Beitragsanstieg von aktuell 18,6 Prozent bis 2045 noch auf 22,3 Prozent.

Die FDP dringt darauf, dass die Schuldengrenze eingehalten



Foto: Kiryakova Anna / Adobe Stock

Auch die vorgezogene Altersrente ohne Abschläge steht infrage.

wird. Auf einem Parteitag im April hatte sie eine Reform des Rentenpakets angeregt.

Die Rente spielt auch bei den weiteren Forderungen der Liberalen nach Einsparungen in der Sozial- und Rentenpolitik eine Rolle: Sie fordern die Abschaffung der sogenannten Rente mit 63, also der vorgezogenen Altersrente ohne Abschläge ab

45 Jahren Versicherungszeit. Bis 2023 ist die Grenze für die vorgezogene Rente auf 64 Jahre und 4 Monate gestiegen, bis 2029 soll sie bei 65 Jahren liegen.

Der SoVD wird die Rentendebatte weiterhin kritisch begleiten und in der nächsten Ausgabe der SoVD-Zeitung erneut berichten, unter anderem mit einem Interview. *Veronica Sina*

Seit Mai bietet die UPD wieder Unterstützung bei Fragen zur Gesundheit an

Neustart der Patientenberatung

Ende des vergangenen Jahres hatte die Unabhängige Patientenberatung Deutschland (UPD) ihren Dienst eingestellt. Umgewandelt in eine von den Krankenkassen finanzierte Stiftung ging sie nun wieder an den Start. Im Stiftungsrat bringt sich auch der SoVD ein. Dennoch betrachtet die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier das Finanzierungsmodell der UPD mit gemischten Gefühlen. Denn bei den Beratungen, so Engelmeier, gehe es oftmals um Auseinandersetzungen mit Krankenkassen.

Stefan Schwartze ist der Patientenbeauftragte des Bundes und zudem Vorsitzender des UPD-Stiftungsrates. Angesichts der Wiederaufnahme von telefonischen Beratungen zeigte sich Schwartze zufrieden und sagte, man schließe damit eine fast sechsmonatige Versorgungslücke.

Entstanden war diese Lücke, nachdem es an der vorherigen Trägerschaft der UPD durch einen privaten Gesundheitsdienstleister zunehmend Kritik gegeben hatte – auch vonseiten des SoVD. Gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen forderte der Verband immer wieder eine neutrale und von wirtschaftlichen Interessen unabhängige Beratung. Intensiv wirkte der SoVD daher auf den Neustart der UPD hin und begleitete den Gründungsprozess der Stiftung.

Patientenberatung soll eine Hilfestellung bieten

Seit Anfang Mai stehen nun am Telefon wieder insgesamt 40 Fachleute zur Verfügung. Sie sollen Anrufer*innen durch das Gesundheitssystem lotsen, ihnen geeignete Anlaufstellen vermitteln oder bei rechtlichen Fragen und Auseinandersetzungen mit der Krankenkasse weiterhelfen. Diagnosen oder Zweitmeinungen bietet die UPD allerdings nicht an. Ebenso empfehlen die Expert*innen keine einzelnen Praxen oder



Foto: Syda Productions / Adobe Stock

Oftmals sind es gerade Streitigkeiten mit der Krankenkasse, die Menschen dazu veranlassen, bei der UPD anzurufen.

Krankenhäuser und können auch keine Behandlungstermine vermitteln.

Sven Arndt ist einer von zwei Vorständen der neuen UPD. Er erklärte, man gehe zunächst von rund 100 Anfragen pro Tag aus, wolle aber das Angebot insgesamt zügig ausbauen. So sollen in der zweiten Jahreshälfte schrittweise regionale Beratungsstellen hinzukommen.

Beratung sollte möglichst wohnortnah verfügbar sein

Gerade diese Anlaufstellen vor Ort sind aus Sicht des SoVD wichtig für einen möglichst niedrigschwelligen Zugang zu Gesundheitsberatung. Das Anliegen, so viele Menschen wie möglich zu erreichen, teilt

auch der Patientenbeauftragte. Schwartze äußerte den Wunsch, dass sich mit der neuen UPD auch etwas an der gesundheitlichen Ungleichheit in Deutschland ändert. Deshalb dürfe und wolle man sich explizit nicht auf eine telefonische Beratung beschränken.



Info

Die UPD berät anonym unter der kostenfreien Beratungsnummer: 0800/0 11 77 22. Diese ist erreichbar montags, dienstags und donnerstags von 9.30 bis 12 Uhr und von 15 bis 17 Uhr sowie mittwochs und freitags von 9.30 bis 14 Uhr.

Aktionen sollen auf Gefahren aufmerksam machen

Hitzeaktionstag 2024

Auch in Deutschland wird Hitze zum wachsenden Gesundheitsrisiko. Trotzdem ist das Bewusstsein für die damit einhergehenden Gefahren nicht ausreichend geschärft, sind Maßnahmen zum Schutz gefährdeter Personen noch unzureichend. Der bundesweite Hitzeaktionstag am 5. Juni will darauf aufmerksam machen.

Im Sommer ist erneut mit extrem hohen Temperaturen zu rechnen. Der SoVD drängt daher auf verstärkte Bemühungen zur Hitzeprävention. Aus Sicht des Verbandes braucht es hierfür gezielte Maßnahmen auf Bundes- und Landesebene sowie in den Kommunen. An oberster Stelle sollte dabei der Schutz vulnerabler Gruppen, wie zum Beispiel älterer Menschen, stehen.

Wie vielfältig Hitzeschutz sein kann und wie sich dieser erreichen lässt, darüber will am 5. Juni der Hitzeaktionstag aufklären. Beteiligten können sich Institutionen, Verbände oder auch Einzelpersonen. *jos*
Mehr Details finden Sie online unter: www.hitzeaktionstag.de.



Foto: New Africa / Adobe Stock

Hohe Temperaturen machen vor allem in den Städten immer mehr Menschen zu schaffen.

Inflationsausgleich auch für Rentner*innen

150.000 Menschen unterstützen Petition

Gemeinsam mit dem SoVD fordern immer mehr Menschen einen Inflationsausgleich für Rentner*innen. Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Seniorenbeiräten sammelte hierfür auf Listen und online in kurzer Zeit rund 150.000 Unterschriften.

Über die Plattform „WeAct!“ erreichte die Online-Petition „3.000 Euro Inflationsausgleich auch für Rentner*innen! Jetzt!“ in den letzten Wochen große Beachtung. Darüber hinaus haben viele Menschen auch auf ausgedruckten Unterschriftenlisten unterschrieben, die unter anderem die SoVD-Landesverbände Hamburg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen zur Verfügung gestellt hatten. Diese Aktion endete jedoch am 31. Mai.

Direkt zu der Petition gelangen Sie online unter www.sovd.de.

SoVD im Gespräch



Der CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz unterhielt sich mit Michaela Engelmeier über die Forderungen des SoVD.

Austausch auf dem Parteitag der CDU

Anfang Mai fand in Berlin der Parteitag der Christlich Demokratischen Union (CDU) Deutschlands statt. Auf dem Programm stand unter anderem die Neuwahl des Bundesvorstandes. Zudem beschlossen die Delegierten ein neues Grundgesetzprogramm der Partei und eröffneten die heiße Phase des Europawahlkampfes.

Wie bereits zuvor bei den Parteitagen von Bündnis 90/Die Grünen und der SPD war der SoVD auch auf dieser Veranstaltung vertreten. Nicht

zuletzt mit Blick auf die anstehenden Wahlen bleibt für den Verband der enge Diskurs mit allen demokratischen Kräften unverzichtbar. Vor diesem Hintergrund führte die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier denn auch zahlreiche Gespräche mit den Delegierten des Bundesparteitages.

An einem eigenen Stand informierte der SoVD über seine sozialpolitischen Positionen. Auch der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Karl-Josef Laumann, besuchte den SoVD-Stand. Als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) gilt Laumann als das „soziale Gewissen“ der CDU.



Fotos: SoVD

Auf dem Bundesparteitag der CDU war auch der SoVD mit einem Informationsstand vertreten. Für Fragen und inhaltliche Gespräche stand dort neben zahlreichen Mitarbeitenden auch die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier (3. v. li.) zur Verfügung.



Von sozialen Standards über Umweltschutz bis Inklusion – SoVD stellt die Kandidat*innen demokratischer Parteien auf die Probe

Das sind die Positionen der Parteien zur Europawahl

Über einen Zeitraum von vier Tagen können die Bürger*innen der Europäischen Union (EU) darüber mitentscheiden, wer sie künftig im Europäischen Parlament vertritt. In Deutschland findet die Europawahl am 9. Juni statt. Erstmals dürfen dabei auch 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. In den letzten Jahren haben sich viele wichtige politische Entscheidungen auf die europäische Ebene verlagert. Gleichzeitig haben zahlreiche Krisen oder auch der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine deutlich gemacht, wie wichtig der Zusammenhalt der EU-Staaten ist.

stellt die Kandidat*innen demokratischer Parteien auf die Probe

Parteien zur Europawahl

Themen wie Migration, Klima und Sicherheit bestimmen derzeit die öffentliche Diskussion und dürften auch eine wichtige Rolle bei der anstehenden Wahl spielen. Zu diesen wie auch weiteren Inhalten hat der SoVD daher die demokratischen Parteien mit den Standpunkten des Verbandes konfrontiert und sie zu ihren jeweiligen Positionen befragt (siehe hierzu auch „Blickpunkt“ auf Seite 1). Einen Teil der Antworten finden Sie auf diesen Seiten, um die kompletten Wahlprüfsteine zu lesen, gehen Sie bitte im Internet auf die Seite www.sovd.de/europawahl2024.

Soziale Mindeststandards: Sind Sie mit uns der Meinung, dass EU-weit einheitliche soziale Mindeststandards für die Bereiche Armutsbekämpfung Zugang zu sozialen Diensten, Zugang zu Gesundheitsleistungen sowie Absicherung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter eingeführt werden müssen?

Die Sozialsysteme der EU-Mitgliedstaaten sind historisch gewachsen und weisen entsprechend erhebliche Unterschiede auf. Europaweit einheitliche Vorgaben zu machen, wäre ein zu starker Eingriff in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

In jedem EU-Staat sollte es eine gute medizinische Versorgung geben, aber eine Vereinheitlichung der Gesundheitssysteme lehnen wir ab. Da die Rahmenbedingungen in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich sind, sind Mindeststandards nicht der richtige Weg. Gleiches gilt auch für die Grundversicherung. Die EU-Mitgliedstaaten sollen auch in Zukunft selbst über die Höhe der Grundsicherungsleistungen entscheiden.

Wir wollen, dass in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union solide Netze sozialer Sicherheit bereitstehen. Deshalb setzen wir uns für eine Rahmenrichtlinie zur Festlegung von Mindeststandards für die jeweiligen nationalen Grundsicherungsleistungen ein. Mindestsicherungsleistungen müssen eine angemessene, armutsfeste Einkommensunterstützung sowie Unterstützungsleistungen zur (Wieder-)Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleisten. Damit schaffen wir die Voraussetzung, dass unfreiwillige und armutsbedingte Migration innerhalb der Europäischen Union reduziert wird.

Ja. Die Linke setzt sich dafür ein, dass die EU einen fairen Rahmen schafft, in dem die Mitgliedstaaten auch im Bereich ihrer Mindestsicherungssysteme die Würde eines jeden Menschen, frei von existenzieller Armut leben zu können, sichern.

Über 95 Millionen Menschen in der EU sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Hohe

Lebenshaltungskosten haben die soziale Lage der Menschen zum Teil existenziell verschärft. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen können, die sie vor Armut schützen.

Dafür brauchen die Sozialstaaten der Mitgliedsländer verbindliche Mindeststandards. Wir wollen die bisherige europäische Empfehlung für angemessene Mindestsicherungssysteme zu einer verbindlichen Richtlinie weiterentwickeln und die darin festgelegten Standards mit einem individuellen Anspruch auf soziale Rechte für Betroffene in den Mitgliedstaaten verbinden. In diesem Zuge sollen alle Mitgliedstaaten ihre Sozialsysteme stufenweise gemäß ihrem jeweiligen Wohlstandsniveau armutsfest ausgestalten, nachhaltige Integration in gute Arbeit fördern und die soziale Infrastruktur ausbauen. Das bedeutet auch für Deutschland Rückenwind für einen starken Sozialstaat und mehr soziale Gerechtigkeit.

Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten sind. Nur in Fragen, die tatsächlich eine erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung für den Binnenmarkt oder die Arbeitnehmerfreizügigkeit haben, ist die EU politisch gefordert, Regelungen zu treffen.

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in der EU und in den europäischen Mitgliedstaaten weiter auf. Hohe Preise tragen dazu

bei, dass viele Menschen Wohnen, Essen, den Zugang zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe nicht mehr abdecken können. Die Linke hat sich maßgeblich für ein europäisches Mindesteinkommen eingesetzt: In allen Mitgliedstaaten müssen soziale Sicherungssysteme ein Leben oberhalb der offiziellen Armutsschwelle gewährleisten. Das wollen wir zu einer verbindlichen Richtlinie machen.

Auch für die Gesundheitsversorgung muss die EU verbindliche Mindeststandards setzen, die allen in der EU lebenden Menschen garantiert werden. Diese Mindeststandards sollten Umfang und Qualität der Versorgung bestimmen.

Mitgliedstaaten, die Schwierigkeiten haben, dies abzusichern, müssen Unterstützung erhalten.

Sozialverträglicher Umwelt- und Klimaschutz: Welche Maßnahmen planen Sie auf EU-Ebene, um den Klima- und Umweltschutz voranzubringen und dabei die soziale Verträglichkeit zu gewährleisten?

Auf dem Weg zur Klimaneutralität 2050 setzen wir auf innovative Konzepte und auf marktbasiertere Instrumente: mit Emissionshandel mit sozialem Ausgleich, mit dem Ausbau Erneuerbarer Energien, mit Energieeffizienz und mit einer Kreislaufwirtschaft. So wollen wir den Green Deal im Sinne einer größeren Wirtschaftsfreundlichkeit weiterentwickeln. Zudem ist es uns wichtig, natürliche Lebensgrundlagen zu sichern und Deutschland noch besser an den Klimawandel anzupassen. Der Schutz der Biodiversität und kostbarer Ressourcen wie Wasser und Wälder sind unsere Zukunftsvisionen und sind daher als unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen.

Als Sozialdemokratie stehen wir für einen sozialen Klimaschutz, der alle Bürger:innen auf diesem Weg mitnimmt. Transformation

und soziale Gerechtigkeit denken wir zusammen. Nur eine soziale Klimapolitik, die die unvermeidbaren Lasten gerecht verteilt, Unterstützung für alle anbietet, die sie benötigen, und die Anreize wirkungsvoll und gezielt setzt, hat Aussicht auf Erfolg. Um das zu erreichen, wollen wir beispielsweise Energiegenossenschaften stärken, damit die Anwohnenden von der Erzeugung erneuerbarer Energie direkter profitieren. Im Wärmebereich fordern wir kollektive Lösungen wie z.B. Fernwärme oder Quartierslösungen vor individuellen Systemen wie dem Einbau von Einzelwärmepumpen. Individuelle Sanierungspflichten für Privatpersonen lehnen wir ab. Den Klima-Sozialfonds auf EU-Ebene wollen wir so gestalten, dass die Mittel daraus möglichst unbürokratisch abgerufen werden können.

Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden. Klimaneutral muss immer auch sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich einführen. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die ohnehin weniger CO₂ produzieren. Mit dem Klimaschutzfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.

Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden. Klimaneutral muss immer auch sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich einführen. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die ohnehin weniger CO₂ produzieren. Mit dem Klimaschutzfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.

Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden. Klimaneutral muss immer auch sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich einführen. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die ohnehin weniger CO₂ produzieren. Mit dem Klimaschutzfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.

Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden. Klimaneutral muss immer auch sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich einführen. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die ohnehin weniger CO₂ produzieren. Mit dem Klimaschutzfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.

Klimaneutralität sichert und mehrt Wohlstand, ist aber auch mit Veränderungen verbunden. Klimaneutral muss immer auch sozial und geschlechtergerecht heißen. Deshalb wollen wir ein Klimageld schnellstmöglich einführen. Das Klimageld entlastet besonders Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen, die ohnehin weniger CO₂ produzieren. Mit dem Klimaschutzfonds, der primär aus dem Emissionshandel gespeist wird, geben wir den Mitgliedstaaten die Mittel an die Hand, das umzusetzen. Dabei werden Leistungen für Menschen finanziert, die besonders von steigenden Energie- und Transportkosten betroffen sind. Der neue europäische Emissionshandel für Gebäude und Wärme wird Mehreinnahmen bringen. Wir wollen deshalb, dass die Mitgliedstaaten mit diesen Einnahmen – wie etwa schon in Österreich mit dem Klimabonus – ein Klimageld pro Kopf auszahlen. Wir werden evaluieren, wie dieses dauerhaft sozial gerecht ausgestaltet werden kann.



Fotos: European Union
Ein Parlament, zwei Orte: Während die Sitzungen des EU-Parlamentes in Straßburg stattfinden (Bild in der Mitte sowie rechts), tagen die parlamentarischen Ausschüsse in Brüssel (Bild oben links).

Sozialverträglicher Klimaschutz ist effizienter Klimaschutz, der marktwirtschaftliche Anreize setzt, Emissionen jeweils dort zu vermeiden, wo es zu den geringsten Kosten möglich ist. Das einzige Klimaschutzinstrument, das zugleich die Klimaziele zuverlässig erreicht und Kosten minimiert, ist ein einheitlicher Emissionshandel in allen Sektoren. Daher unterstützen wir die Weiterentwicklung der beiden EU-Emissionshandelssysteme ETS 1 und 2 zu einem einzigen sektorübergreifenden System. Zugleich wollen wir ordnungsrechtliche Maßnahmen beenden, die bei einem funktionierenden Emissionshandel keinen zusätzlichen Klimaschutzeffekt aufweisen, dafür aber zusätzliche Kosten verursachen.

Die Klima- und Energiepolitik der EU setzt vor allem auf den Markt und steigende CO₂-Preise. Doch der Markt regelt es nicht: Die Strompreise explodieren, während sich Konzerne bereichern. Die Energiearmut in der EU steigt. Die CO₂-Preise treffen jene besonders hart, die ohnehin schon Runden kommen – für Superreiche ist das Kleingeld.

Die Linke fordert eine soziale und ökologisch gerechte Klimapolitik: klare Vorgaben für die Unternehmen und echte Alternativen für die Menschen. Wir streiten für eine Energiewende mit gemeinnützigen Energieerzeugern und sozial gestaffelten Preisen. Für einen klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft, der sichere Arbeitsplätze mit guten Löhnen schafft. Zur Entlastung von den CO₂-Preisen fordern wir ein soziales Klimageld, das Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders unterstützt. Wir stehen ein für eine Agrarwende ohne Massentierhaltung und mit Subventionen, die bessere Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit statt nur (große)

Flächen fördert. Für eine Verkehrswende mit Bus- und Bahnausbau statt immer größeren und schwereren Autos: Wir wollen Alternativen schaffen, mit kostenfreiem ÖPNV in ganz Europa.

Flächen fördert. Für eine Verkehrswende mit Bus- und Bahnausbau statt immer größeren und schwereren Autos: Wir wollen Alternativen schaffen, mit kostenfreiem ÖPNV in ganz Europa.

Inklusion: Welche Initiativen ergreifen Sie, damit Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens besser teilhaben können, so wie es die UN-Behindertenrechtskonvention fordert, und ihnen ein besserer Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten geboten wird?

Europa inklusiver gestalten heißt für uns, es für alle Europäerinnen und Europäer erreichbar zu machen. Mit dem europäischen Behindertenausweis, der als zusätzliches Dokument das barrierefreie Reisen in der EU vereinfacht wird, kommen wir einen wichtigen Schritt voran. Ein Informationsportal für barrierefreies Reisen soll weitere Hürden abbauen. Zudem unterstützen wir die EU darin, einzelstaatliche Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen zu ergänzen, damit gleichberechtigte Teilhabe, Barrierefreiheit und Diskriminierungsschutz für Menschen mit Behinderungen in ganz Europa sichergestellt werden können.

In unserer Gesellschaft soll das tägliche Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen selbstverständlich sein. Das betrifft die analoge wie auch die digitale Barrierefreiheit. Zur gleichberechtigten Teilhabe gehören für uns auch Mitentscheidung, Mitgestaltung und Mitverantwortung. Das gilt auch auf europäischer Ebene. Mit der neuen Strategie für Menschen mit Behinderungen sollen Chancengleichheit sowie der gleichberechtigte Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben nach

stärker gefördert werden. Wir setzen uns für einen europäischen Behindertenausweis sowie die Verbesserung des europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen ein, mit dem Ziel, Teilhabebarrrieren abzubauen und Nachteilsausgleiche im Bereich der Mobilität, Kultur, Freizeit und dem Sport zu nutzen. So sollen die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen europäischen Mitgliedstaaten geltend gemacht werden.

Die Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention durch die EU-Mitgliedstaaten ist uns Verpflichtung, alle Barrieren abzubauen, die der Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben im Weg stehen. Wir wollen die Teilhabe an Arbeit und Ausbildung im regulären System fördern und konsequent ausbauen. Das Werkstattnetz soll in Richtung Inklusionsunternehmen weiterentwickelt werden. Wir wollen einen Kulturwandel hin zu einer inklusiven Arbeitsmarktpolitik und auch die EU-Förderprogramme stärker darauf ausrichten. Die gesetzlichen Vorschriften zur Beschäftigung und Ausbildung von Menschen mit Behinderung sowie zum barrierefreien Arbeitsplatz wollen wir konsequent durchsetzen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die EU-Barrierefreiheitsrichtlinie, der sogenannte European Accessibility Act (EAA), in allen Mitgliedstaaten fristgerecht umgesetzt wird.

Wir Freie Demokraten fordern eine EU der Teilhabe für alle Menschen. Bereits in der aktuellen Legislaturperiode haben wir uns für Inklusion auf EU-Ebene stark gemacht. Unsere Fraktion Renew Europe, der wir im europäischen Parlament als FDP angehören, war die treibende Kraft hinter dem erst kürzlich beschlossenen EU-Behindertenausweis sowie dem europäischen Parkausweis für Menschen mit Behinderungen. Auch in der kommenden Legislaturperiode

werden wir uns weiter für die Inklusion von Menschen mit Behinderung auf EU-Ebene einsetzen. Die Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderungen und ihre Einbindung in den europäischen Zusammenhang müssen spürbar und konkret verbessert werden. Wir streben diskriminierungsfreie und unbürokratischere Zugangsbedingungen bei Vergünstigungen und bei zeitlich befristeten Aufenthalten auf Hilfeleistungen nach dem jeweiligen nationalen Recht an.

Die vollständige Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens ist ein zentrales Anliegen unseres Europawahlprogramms. Wir streiten für eine inklusive Gesellschaft, in der die Rechte und die Würde von Menschen mit Behinderungen geachtet und gefördert werden, der Zugang zu Arbeits- und Bildungsmöglichkeiten verbessert und eine vollständige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird: Wir treiben die Umsetzung der 5. EU-Gleichstellungsrichtlinie voran. Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderung wollen wir abschaffen. Wir streiten für ein inklusives Bildungssystem und einen inklusiven Arbeitsmarkt mit gesetzlichem Mindestlohn für Menschen mit Behinderung. Wir unterstützen das Recht auf selbstbestimmtes Wohnen und Leben. Barrierefreiheit soll in Kommunen, ÖPNV und Privatwirtschaft verpflichtend sein. Auch digitale Barrierefreiheit und barrierefreie Kommunikation muss gewährleistet sein. Wir wollen einen europäischen Behindertenausweis. Wir wollen inklusive Strukturen schaffen und Teilnahme an demokratischen Prozessen ermöglichen. Dafür müssen auch technische Mittel für die Wahrnehmung des Wahlrechts bereitstehen. Diskriminierungen in Rechtsverfahren müssen aufgehoben werden.





Personalien

Dirk Swinke feiert am 8. Juni seinen 60. Geburtstag. Er ist Vorstandsvorsitzender des Landesverbandes Niedersachsen und Mitglied im Zukunftsausschuss auf Bundesebene. 17 Jahre war Swinke Landesgeschäftsführer, zudem Mitglied im Landesvorstand und im Finanzausschuss des Bundesverbandes. Im Verband ist er schon seit 1990.



Foto: Martin Bargiel

Am 9. Juni begeht **Siegrid Tenor-Alschausky** ihren 70. Geburtstag. Das Mitglied der SoVD-Bundeskonferenz gehört in Schleswig-Holstein dem Gesamtlandesvorstand an.

Seit 2014 im SoVD, engagiert sich Tenor-Alschausky auch im Sozialpolitischen Ausschuss des Landesverbandes. Sie ist 1. Kreisvorsitzende in Pinneberg.



Foto: Frank Peter

Start ist am 12. Oktober ab 10 Uhr auf dem Tempelhofer Feld in Berlin

Beim Inklusionslauf dabei sein

Das inklusive Sportevent des SoVD geht in die nächste Runde. Organisatorische Gründe haben eine Verschiebung vom Juni in den Oktober nötig gemacht. Jetzt wird alles vorbereitet, damit die Teilnehmenden im Herbst viel Spaß auf dem früheren Flughafengelände haben können.

Der SoVD-Inklusionslauf steht für ein barrierefreies Sporterlebnis unabhängig von Behinderungen oder Alter. Hier kann am 12. Oktober jede*r mit Hilfsmitteln und Unterstützung teilnehmen. Rund um die Strecke wartet außerdem ein buntes Rahmenprogramm.

Auf www.inklusionslauf.de können sich Interessierte anmelden, um selbst mitzumachen. Es gibt 800 Startplätze für verschiedene Disziplinen. Dazu gehören Langstrecken von 1 bis zu 10 Kilometern und natürlich auch wieder viele inklusive Staffeln für jeweils vier Teilnehmende.



Foto: Denny Brückner

Gemeinsam läuft und rollt es sich gleich viel besser. Der nächste SoVD-Inklusivlauf findet am 12. Oktober statt.

Online-Programm unterstützt Betroffene

Hilfe bei Bluthochdruck

Fast jede*r dritte Erwachsene in Deutschland hat Bluthochdruck. Darauf wies zuletzt der AOK-Bundesverband hin. Zur Prävention bietet die Krankenkasse einen kostenlosen Online-Coach an.

Zu den wichtigsten Ursachen von Hypertonie gehören Stress, Bewegungsmangel und Übergewicht sowie ein hoher Konsum von Salz und Alkohol. Bluthochdruck erhöht unter anderem das Risiko für Herzmuskel- und Nierenschwäche oder für einen Schlaganfall. Die gute Nachricht ist: Mit dem richtigen Wissen können Betroffene etwas für ihre Gesundheit tun.

Nutzer*innen des Online-Coaches lernen anhand von Filmen, Animationen und Übungen, wie sie ihren Blutdruck durch Entspannungstechniken sowie durch gesunde Ernährung und regelmäßige Bewegung gezielt regulieren können. Das Programm bietet ebenfalls Vorlagen für individuell anpassbare Trainingspläne sowie für die Dokumentation von selbst gemessenen Blutdruckwerten.

Wenn Sie den Online-Coach ausprobieren möchten, gehen Sie im Internet auf die Seite: <https://bluthochdruck.aok.de>.

Ampelkoalition bleibt hinter Ziel zurück – Bestand schrumpft, statt zu wachsen

Noch weniger Sozialwohnungen

Die Regierung verfehlt ihr Vorhaben, jedes Jahr für 100.000 neue Sozialwohnungen zu sorgen. Im Gegenteil: Der Bestand schrumpft immer weiter, wie jetzt bekannt wurde. Aus Sicht des SoVD ist das Wohnen längst zur sozialen Frage unserer Zeit geworden. Der Verband fordert mehr Einsatz von der Politik und hat im Impulspapier „Gutes Wohnen. Überall. Für alle“ Lösungswege aufgezeigt.

Die Zahl der Sozialwohnungen in Deutschland ist 2023 erneut zurückgegangen. Zum Jahresende gab es bundesweit rund 1,072 Millionen solches Wohnraumes für Menschen mit kleinen Einkommen; rund 15.300 weniger als 2022, wie nachgefragte Zahlen der Bundesregierung besagen.

Neu gefördert wurde 2023 der Bau von 49.430 Sozialwohnungen. Die Regierung hatte erklärt,

jährlich für 100.000 neue davon zu sorgen. Die Zahl sinkt seit Jahren. Einer der Hauptgründe ist: Viele ehemalige Sozialwohnungen fallen aus der Mietpreisbindung heraus und werden dann teurer vermietet. Der Schwund nahm zuletzt noch zu. 2022 waren rund 14.000 Wohnungen weggefallen.

Der bundesweite Check fällt unterschiedlich aus. In Nordrhein-Westfalen, Berlin, Rhein-

land-Pfalz, Brandenburg und Niedersachsen sank der Bestand vierstellig. In Bayern und Baden-Württemberg nahm er um mehr als tausend Wohnungen zu.

Besonders viele Neuförderungen gab es in den bevölkerungsreichsten Bundesländern NRW und Bayern, gefolgt von Berlin und Hamburg. Die meisten Sozialwohnungen hatten NRW mit 426.755, Bayern mit 134.793 und Berlin mit 99.849. *veo/dpa*



SoVD im Gespräch



V. li.: Michaela Engelmeier, Dr. Tanja Machalet und SoVD-Referentin Henriette Wunderlich.

Treffen mit Tanja Machalet

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf sich mit Dr. Tanja Machalet, Bundestagsabgeordnete und rentenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.

In ihrem Austausch ging es um das zweite Rentenpaket und dabei vor allem um die Notwendigkeit, die Renten stabil zu halten. Deshalb müsse das Paket jetzt endlich auf den Weg gebracht werden, betonte Engelmeier.

Weitere Themen waren die Erwerbstätigenversicherung, Verbesserungen bei der Grundrente und Rückmeldungen aus der Sozialberatungspraxis des SoVD.

Zu Besuch bei Frank Schäffler

Michaela Engelmeier und Fabian Müller-Zetzsche, Abteilungsleiter Sozialpolitik im SoVD-Bundesverband, besuchten den Bundestagsabgeordneten Frank Schäffler (FDP) im Deutschen Bundestag.

Neben dem allgemeinen Kennenlernen waren weitere Gesprächsthemen die Haushaltsfinanzierung, das zweite Rentenpaket, die „Rente mit 63“ und die Kindergrundsicherung. Engelmeier lud Schäffler dabei zu einem Besuch beim SoVD in seinem Wahlkreis ein, um ihm die Sozialberatung des Verbandes vor Ort näherzubringen.



V. li.: Frank Schäffler (FDP), Michaela Engelmeier und Fabian Müller-Zetzsche.



Talk mit (v. li.) Moderatorin Kirstin Becker, Thomas Heilmann (CDU), Matthias Miersch (SPD) und Andreas Audretsch (B 90 / Die Grünen).

Die Teilnehmenden im Saal wurden am Diskurs intensiv beteiligt und brachten sich mit kritischen Fragen und Standpunkten ein.

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier im Plenum.

2. Tagung Sozial-Klimarat – Studien zeigen geringes Vertrauen in die Politik bei der Umsetzung von Klimaschutz

Problembewusstsein, aber auch Zukunftsängste

Einmal gesetzte Klimaziele müssen erreicht werden. Darüber besteht ein großes Einverständnis in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Uneinigkeit gibt es jedoch beim „Wie“. Denn nicht alle klimapolitische Maßnahmen sind auch sozial gerecht. Vor allem deshalb, weil die Haushalte in Deutschland dafür sehr unterschiedliche Umsetzungsvoraussetzungen mitbringen. „Wie kann sozial gerechte Klimapolitik organisiert werden?“, war vor diesem Hintergrund das Thema der zweiten Tagung des Sozial-Klimarates. An der Veranstaltung in Berlin war der SoVD erneut aktiv beteiligt.

„Wir sind stolz darauf, dass wir es geschafft haben, viele Organisationen, Denkerinnen und Denker, Planerinnen und Planer zusammenzukriegen, die uns ihre Gedanken und Ergebnisse mitteilen können“, stellte Thomas Losse-Müller, Geschäftsführer des Sozial-Klimarates, zu Veranstaltungsbeginn fest.

„Dass der Blick auf die soziale Komponente wichtig ist, sehen wir in der Debatte um den Bundeshaushalt, in der Debatte um Steuereinsparungen, in der Debatte, dass in einem Sozialstaat auch gespart werden soll und so manches, was in Sachen Klimaschutz auf den Weg gebracht werden soll, nun zu einer Neuüberprüfung ansteht“, hatte zuvor Alfred Bornhalm, ehemaliger SoVD-Präsident, bei der Begrü-

ßung der Teilnehmenden festgestellt. Mit dem Sozial-Klimarat sei die Möglichkeit gegeben, gemeinsam Positionen und Herangehensweisen zu erörtern und dabei den Blick für die Menschen nicht zu verlieren.

Den Auftakt für den Austausch bildeten zwei Studien der Bertelsmann Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zur Akzeptanz von Klimaschutz. Projektmanagerin Sara Holzmann und Max Ostermayer, Referent für Klima, Energie und Umwelt (FES), trugen die Ergebnisse vor.

Demnach gibt es zunächst ein großes Problembewusstsein: 76 Prozent der Befragten denken, dass der Klimawandel auch heute schon große Probleme verur-

sacht und nicht erst in 50 Jahren. 70 Prozent sind der Auffassung, dass Klimaziele eingehalten werden müssen. Der Einsicht steht jedoch ein geringes Vertrauen in die Politik gegenüber: So sind nur 25 Prozent der Auffassung, dass die Regierung derzeit einen klaren Plan für den Klimaschutz in Deutschland hat.

Und während eine große Mehrheit von 70 Prozent der Energiewende und 55 Prozent der Verkehrswende zustimmen, haben viele Bürger*innen gleichzeitig negative Zukunftserwartungen. Diese betreffen vor allem die Auswirkungen der ökologischen Transformation auf Wohlstand, Wohnen, Lebenshaltung, Arbeitsplätze, gesellschaftlichen Zusammenhalt und soziale Gerechtigkeit.



alle Fotos: Wolfgang Borrs

„Klimaschutz sollte nicht Privatangelegenheit sein. Der Staat muss ihn als Daseinsvorsorge verstehen und massiv investieren“, ist Thomas Losse-Müller, Geschäftsführer des Sozial-Klimarates, überzeugt.

Die Ergebnisse der Studien ergänzte ein klimapolitisches Lagebild auf Basis von „Personas“ – 16 anhand soziographischer Daten und Merkmale erstellter fiktiver Personen, die jeweils für die Teilhabemöglichkeiten bestimmter Bevölkerungsgruppen an der Klimapolitik stehen. Anhand dessen wurde anschließend mit Vertreter*innen der Politik sowie in verschiedenen

Workshops über den Tag verteilt diskutiert und gearbeitet. Fazit: Klimapolitik kann nur dann erfolgreich sein, wenn ihre Verteilungswirkungen und sozialen Folgen für die Bevölkerung akzeptabel sind – objektiv und subjektiv. Denn fest steht: Ohne gesellschaftlichen Rückhalt wird das Ziel, bis 2045 klimaneutral zu sein, nicht zu erreichen sein.

Veronica Sina



Max Ostermayer
(Friedrich-Ebert-Stiftung)

„Es gibt die Überzeugung, dass gut gemachte Klimaschutzpolitik ein Wohlstandsmotor sein kann, aber es fehlt das Vertrauen in die politisch Handelnden, dass das auch gelingt.“



Sara Holzmann
(Bertelsmann Stiftung)

„Wir müssen auch die Kommunikation verbessern. Viele Menschen sind nicht gut informiert, was Klimapolitik betrifft, und auch aus diesem Grund ist Verunsicherung da.“



Matthias Miersch
(MdB, SPD)

„Ohne Investitionen wird Klimaschutz nicht funktionieren – man kann nicht alles über den Preis regulieren! (...) Sonst verlieren wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“



Andreas Audretsch
(MdB, Bündnis 90 / Die Grünen)

„Zentral ist, ob wir es organisiert bekommen, soziale Sicherheit zu geben, damit Menschen bereit sind, die Veränderungen mit uns anzugehen. Wir müssen stärker von den Bedarfen ausgehen.“



Thomas Heilmann
(MdB, CDU)

„Wir möchten das normale Fahren verteuern, damit Geld in die Kasse kommt und wir dann über das Klimageld dafür sorgen können, dass sich alle ein E-Fahrzeug leisten können.“

Kurz berichtet

Auswertung von Daten der TK

Pflegekräfte häufig krank

Krankheitsbedingte Ausfälle von Pflegekräften in Heimen und Kliniken haben einer aktuellen Untersuchung zufolge zugenommen. Wie die Techniker Krankenkasse (TK) auf Basis eigener Versichertendaten ermittelte, waren die dort tätigen Pflegekräfte 2023 im Schnitt 29,8 Tage krankgeschrieben. 2022 waren es noch 28,8 Tage und 2021 noch 23,3 Tage gewesen.

Besonders angespannt ist die Lage demnach mit 34,2 Krankheitstagen in der Altenpflege. Den Zahlen zugrunde liegen die Daten von 5,7 Millionen versicherten Erwerbstätigen aus allen Berufen. *veo/dpa*

Wichtig für Erhalt der Rente

Neue Adresse mitteilen

Für den Rentenbezug muss dem Rentenversicherungsträger die aktuelle Adresse vorliegen. Rentenempfänger*innen sollten deshalb nach einem Umzug – egal, ob im Inland oder ins Ausland – umgehend eine Änderungsmitteilung vornehmen.

Andernfalls können die Zahlungen vorläufig ausgesetzt werden. Weil der Rentenservice der Deutschen Post die Rentenzahlungen überweist, sind etwaige Adressänderungen dort zu hinterlegen. Besonders bequem geht das online unter www.rentenservice.de. Von dort wird man direkt auf die Übersichtsseite der Post weitergeleitet. *veo*

Leichter Anstieg zu verzeichnen

Altersarmut ist gewachsen

Die Zahl der Menschen, die jenseits der 65 mit sehr wenig Geld ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen, ist nach Daten des Statistischen Bundesamtes 2023 leicht angestiegen.

Demnach waren 18,1 Prozent der Menschen dieser Altersgruppe armutsgefährdet. Das sind 0,6 Prozent mehr als noch im Jahr zuvor. Bei den Frauen ab 65 waren es mit einem Zuwachs von 0,8 Prozentpunkten sogar 20,2 Prozent. Die Zahlen stammen aus dem Mikrozensus 2023. *veo/dpa*



Ursula Engelen-Kefer sprach bei einer Podiumsdiskussion über fehlende Barrierefreiheit in vielen Lebensbereichen.



Fotos: Wolfgang Borrs

Der SoVD-Bundesjugendvorsitzende Sebastian Freese mit Alexander Menzel und Charlotte Rupp in aus dem Bundesjugendvorstand.

SoVD beim Europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung

Demonstration gegen Barrieren

Der Aktionstag stand im Zeichen der UN-Behindertenrechtskonvention. Bei deren Umsetzung hat Deutschland weiterhin großen Nachholbedarf. Für den SoVD waren unter anderem die Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier, die Vorsitzende des Landesverbandes Berlin-Brandenburg, Ursula Engelen-Kefer, und der Bundesjugendvorsitzende Sebastian Freese bei der Demonstration dabei.

Am 5. Mai zog anlässlich des jährlichen Europäischen Protesttages zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung ein großer Demonstrationszug mit etwa 2.000 Teilnehmenden durch die Hauptstadt. Unter dem Motto „Selbstbestimmt leben ohne Barrieren“ forderten viele Behindertenverbände mehr Anstrengungen für Inklusion in allen Teilen der Gesellschaft sowie eine konsequente Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland.

Michaela Engelmeier: mehr Tempo bei Inklusion

Auch der SoVD war gut sichtbar beim Protestzug dabei. Viele der Teilnehmenden waren mit Plakaten, Bannern und Wim-

pelein ausgestattet. Der SoVD als einer der maßgeblichen Behindertenverbände setzt sich auf vielen Ebenen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen ein und kritisiert die schleppende Umsetzung der Behindertenrechtskonvention.

Die SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier stellte anlässlich des Protesttages fest: „Leider sind wir in Deutschland auch 15 Jahre nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention und zahlreichen nationalen Gesetzesinitiativen noch meilenweit von einer inklusiven und barrierefreien Gesellschaft entfernt. Nachholbedarf besteht insbesondere in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Bildung, Arbeit und Mobilität. Hier muss

endlich mehr Tempo gemacht werden, um den Rückstand Deutschlands zu überwinden. Dieses Ziel dürfen wir auch in Zeiten der Krise nicht vernachlässigen.“

Engelen-Kefer fordert barrierefreies Bauen

Ursula Engelen-Kefer, die Vorsitzende des SoVD Berlin-Brandenburg, beteiligte sich bei der Kundgebung vor dem Roten Rathaus an einer Podiumsdiskussion. Der Landesverband präsentierte sich außerdem mit einem Informationsstand.

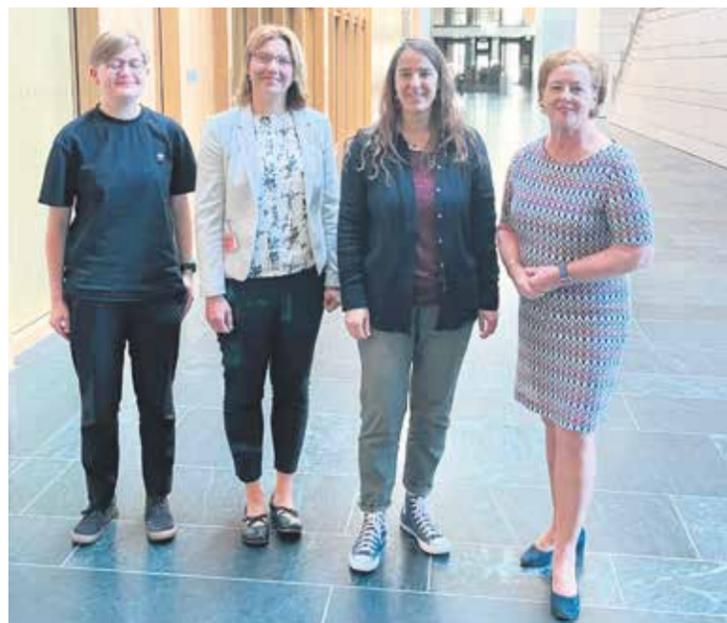
Engelen-Kefer forderte in einem Statement zum Protesttag unter anderem mehr Wohnraum für Menschen mit Behinderungen. „Barrierefreiheit ist für die eigenständige Wahl

beim Wohnen ein unverzichtbares Recht – gerade auch für Menschen mit Behinderungen. Dies muss bereits bei der Planung von Bauprojekten berücksichtigt werden. Und Menschen dürfen nicht mit den Kosten für den Ein- und Rückbau der Barrierefreiheit in ihren Wohnungen belastet werden. Erforderlich ist Barrierefreiheit auch für die tägliche Versorgung, im Gesundheitswesen sowie in Kultur, Sport und Freizeit.“

Inklusion ist ebenfalls ein besonderes Anliegen der SoVD-Jugend. Daher nahmen auch der Bundesjugendvorsitzende Sebastian Freese und weitere Mitglieder der SoVD-Jugend am Europäischen Protesttag in Berlin teil.

Sebastian Triesch

SoVD im Gespräch



V. li.: Laura Herrmann (SoVD-Praktikantin), Stefanie Lausch (Büroleitung Michaela Engelmeier), Heike Heubach (SPD-Bundestagsabgeordnete) und Michaela Engelmeier (SoVD-Vorstandsvorsitzende).

Gespräch über Wohnungsnot und Baupolitik

SoVD-Vorstandsvorsitzende Michaela Engelmeier traf sich im Mai mit Heike Heubach. Diese sitzt für die SPD im Bundestag und ist die erste gehörlose Abgeordnete in der Geschichte des Parlaments. Sie zog im März 2024 als Nachrückerin für Uli Grötsch, der zum Polizeibeauftragten des Bundes ernannt wurde, in den Bundestag ein.

Heubach ist Mitglied im Bundestagsausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen. Daher war die Wohnungspolitik ein wichtiges Gesprächsthema.

Engelmeier unterstrich im Gespräch die schwierige Lage von Menschen mit niedrigem Einkommen auf dem Wohnungsmarkt und forderte mehr sozialen Wohnungsbau. Hier fehlten derzeit über 900.000 Wohnungen.

Der SoVD setzt sich in der Wohnungspolitik dafür ein, Mietsteigerungen zu begrenzen, sozialen Wohnraum zu schaffen, Barrierefreiheit voranzutreiben, Wohnungslosigkeit zu bekämpfen sowie bei Bedürftigkeit Wohn- und Energiekosten zu übernehmen.

Außerdem sprach Michaela Engelmeier mit Heike Heubach über Sozialräume und betonte, dass sowohl in der Stadt als auch auf dem Land die Daseinsvorsorge sichergestellt und erreichbar sein müsse.

Forsa-Umfrage zeigt, dass Angehörige Erwerbsarbeit oftmals aufgeben müssen

Pflege und Beruf kaum vereinbar

Wer sich um Angehörige kümmert, leistet für Tätigkeiten wie Körperpflege, Ernährung oder Hilfe in der Nacht im Durchschnitt 49 Stunden wöchentlich. Für eine Erwerbstätigkeit bleibt da in vielen Fällen schlicht keine Zeit mehr übrig. Zu diesem Ergebnis kam jetzt eine Forsa-Umfrage für das Wissenschaftliche Institut der AOK (WidO).

Körperlich wie auch psychisch stehen pflegende Angehörige unter einer hohen Belastung. Dass sich dies auch zeitlich bemerkbar macht, verwundert kaum: Nicht einmal jede zweite sogenannte Hauptpflegeperson im erwerbsfähigen Alter (46 Prozent) übt zusätzlich noch eine Tätigkeit in Vollzeit aus.

Und auch von denen in Teilzeit gab bei einer Befragung durch das Institut Forsa rund die Hälfte an, den Broterwerb notgedrungen reduziert zu haben.

Auch die für die häusliche Pflege benötigte Zeit hat zugenommen. Gaben die Betroffenen bei einer Vorgängerbefragung vor vier Jahren noch

an, dass sie pro Woche rund 43 Stunden mit pflegerischen Aufgaben beschäftigt seien, lag diese Zahl nun bereits bei 49 Wochenstunden.

Besorgniserregend ist aber vor allem, dass jede*r vierte Befragte angab, hoch belastet zu sein und die Pflegesituation „eigentlich gar nicht mehr“ oder „nur unter Schwierigkeiten“ bewältigen zu können. Am stärksten betroffen sind Haushalte, in denen Menschen mit Demenzerkrankung oder mit einem Pflegegrad ab 3 leben.

Ernüchterung brachte die Umfrage auch hinsichtlich der Entlastungsangebote für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Pflege. Die Mehrheit der Befragten kennt diese Angebote zwar, hat sie aber bislang kaum in Anspruch genommen. So haben beispielsweise nur drei Prozent von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich bis zu sechs Monate vollständig oder teilweise von der Arbeit freustellen zu lassen. *jos/AOK*

SH Schleswig-Holstein



Foto: Holger Bopp

Auch schlechtes Wetter konnte diesen Protest nicht verhindern.

Demonstration für soziale Gerechtigkeit

Mehr als 3.000 Menschen demonstrierten am 22. Mai in Kiel gegen die aktuelle Entwicklung des Sozialstaates. Ebenfalls vor Ort waren Mitglieder des SoVD Schleswig-Holstein.

Ein Bündnis aus Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden zog an der Förde entlang und überbrachte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) einen umfassenden Forderungskatalog. Die Wut der Protestierenden brachte der Landesvorsitzende des SoVD Schleswig-Holstein auf den Punkt. Alfred Bornhalm sagte, der Staat ziehe sich immer mehr aus der Verantwortung, wenn es um die soziale Infrastruktur gehe. Es herrsche überall Personalmangel, weil die soziale Arbeit einfach nicht ausreichend finanziert werde.



Foto: sergign/Adobe Stock

Vor allem Frauen im erwerbstätigen Alter können die Pflege von Angehörigen nicht mit einem eigenen Job vereinbaren.

Anzeige



Günstig Urlaub im Erholungszentrum Büsum

Kurz mal weg an die Nordsee

- 1x Begrüßungscocktail am ersten Abend
- 2x Kaffeegedeck mit 1 Pott Kaffee & 1 Stück Kuchen
- 3x Abendessen im Rahmen der HP
- 3x reichhaltiges Langschläfer-Frühstück vom Buffet

Jetzt Urlaub in Büsum anfragen unter Telefon 04834-95250 oder auf unserer Internetseite www.erholungszentrum-buesum.de

* Angebotspreis: ab 260,00 € pro Person für SoVD-Mitglieder – im Haus Nordsee oder Haus Andrea, zzgl. Kurtaxe der Gemeinde Büsum. Buchbarer Zeitraum: 01.04.2024 bis 01.10.2024 nach Verfügbarkeit.

SOVD
Erholungszentrum
Büsum

NDS Niedersachsen

„Pflege darf kein Glücksspiel sein!“

Im Rahmen seiner Kampagne „Für mehr Miteinander“ führte der SoVD in Niedersachsen im April und Mai bereits zahlreiche Aktionen zum Thema Pflege in ganz Niedersachsen durch. Anliegen des Verbands war es dabei, Interessierte auf die Probleme in der Pflege aufmerksam zu machen und ihnen mit hilfreichen Informationen zur Seite zu stehen. Denn wer pflegebedürftig wird oder als Angehörige*r mit einer Pflegesituation konfrontiert wird, ist häufig überfordert und braucht Unterstützung.

Insgesamt rund 50 Aktionen zur Pflege – unter anderem in den Landkreisen Hannover, Emsland, Diepholz, Cuxhaven, Osterode, Osnabrück und Schaumburg – standen von April bis Juni auf dem Programm. Einige Vorstandsteams nutzten Veranstaltungen rund um den 1. Mai, um sich als SoVD und die Kampagne „Für mehr Miteinander“ der Öffentlichkeit vorzustellen. Andere waren mit Info-Ständen auf Wochenmärkten präsent

oder fanden weitere Anlässe, das Thema sichtbar zu machen. Teil ihrer Aktionen war eine Umfrage unter den Besucher*innen zu verschiedenen Pflege-Themen. Unter dem Slogan „Pflege darf kein Glücksspiel sein!“ machten die Engagierten auf die prekäre Lage im Pflegesektor aufmerksam. Mit einem Glücksrad konnte das Wissen rund um Pflege getestet werden. Damit wurde zugleich auf verschiedene Probleme aufmerksam gemacht,

vor denen Pflegebedürftige sowie deren Angehörige häufig stehen. Mit der SoVD-Broschüre „Plötzlich pflegebedürftig: Das müssen Sie jetzt wissen“ gab es konkrete Hilfestellungen für Ratsuchende. Die ehrenamtlich Engagierten standen zudem für Fragen zur Verfügung und konnten viele Einzelgespräche mit Betroffenen führen.

Die SoVD-Ehrenamtlichen freuten sich über das große Interesse der Besucher*innen

und den Austausch mit ihnen. Die Resonanz war laut der Engagierten durchweg sehr gut. Auch berichteten diese von sehr positiven Rückmeldungen, die sie zum Engagement des SoVD allgemein erhalten hatten. Über den Beitritt neuer Mitglieder konnten sich einige SoVD-Orts- und -Kreisverbände zusätzlich freuen. Durch die Aktionen fühlten sich zudem viele Aktive darin bestärkt, als SoVD in die Öffentlichkeit zu gehen

und den Menschen als kompetente Gesprächspartner*innen zur Seite zu stehen. Einige der Orts- und Kreisverbände kündigten an, das Thema Pflege vertiefen zu wollen beziehungsweise in den kommenden Wochen weitere Aktionen zum Thema durchzuführen.

Informationen zur SoVD-Kampagne und zukünftige Veranstaltungstermine und -orte sind unter www.fuer-mehr-miteinander.de abrufbar.



Foto: Dr. Heinrich Schepers

Der SoVD-Kreisverband Emsland nutzte den gemeinsamen Aktionstag mit Pro Vitus und Vituswerk Meppen anlässlich des „Europäischen Protesttags für Menschen mit Behinderungen“, um auf die SoVD-Kampagne und die Herausforderungen in der Pflege aufmerksam zu machen.



Foto: Frank Uhlenhaut

Der Kreisverband Osterode und die Ortsverbände Bad Lauterberg, Wieda-Bad Sachsa, Bad Grund und Osterhagen thematisierten beim Frühlingshappening in Bad Lauterberg die Pflegesituation.



Foto: SoVD Stederdorf

Das Vorstandsteam des Ortsverbands Stederdorf führte beim Maibaumfest eine Aktion mit Info-Stand durch. Dank Glücksrad gab es viel Austausch zum Thema Pflege bei Groß und Klein.



Foto: Martin Ehresmann

Engagierte des SoVD Buchholz-Bothfeld beim Frühlingsfest auf dem Sahlkampmarkt.



Foto: Ralf Krebs

Das Team des Ortsverbands Wettbergen-Ricklingen veranstaltete einen Aktionsnachmittag mit Glücksrad und Umfrage und organisierte zusätzlich einen Fachvortrag zum Thema Pflege.



Foto: SoVD Osnabrück

Auch bei der Aktion des SoVD in Osnabrück waren das Interesse und die Beteiligung der Menschen groß. Mit dem Glücksrad konnte man sich spielerisch an Pflege-Themen herantasten.



Foto: Carsten Schlotmann

Einige der Engagierten bei der Kampagnen-Aktion des SoVD-Kreisverbands Diepholz im Mai.



Foto: Hilmar Reinke

SoVD-Aktive der Ortsverbände Buxtehude und Apensen führten bei ihrer Pflege-Aktion in Buxtehude Gespräche mit Betroffenen und sensibilisierten mit Umfrage und Glücksrad für das Thema.

Tangermünde lud wieder zum „Fest der Demokratie“ ein

Gute Gemeinschaft vorleben

Sachsen-Anhalt Am 13. April fand in Tangermünde das „Fest für Demokratie“ statt. Elf Vereine und Institutionen hatten auf dem Platz vor der Stephanskirche zum gemeinsamen Feiern eingeladen. Das DRK, der Tangermünder Ruderclub, der NABU, die Kirche und auch einzelne Mitglieder des SoVD beteiligten sich an diesem Fest. Die Teilnehmenden wollten die demokratische Vielfalt in der Gesellschaft und ihre Offenheit gegenüber anderen Kulturen dokumentieren.

Gelebte Demokratie ist kein Selbstläufer, sondern es kommt auf jeden Einzelnen an, sich einzubringen und für demokratische Werte einzustehen. Viele Teilnehmer*innen brachten mit ihren Aktivitäten die Einwohner*innen der Stadt und ihre Gäste zusammen.

Ines Eisenhut, Mitglied des SoVD-Landesfrauenausschusses, und Vereinsmitglieder des Tangermünder Ruderclubs luden die Gäste an ihrem Stand zuerst zu einem kleinen Ergometer-Wettkampf ein. Nach der sportlichen Aktivität konnte man sich mit einer Bratwurst stärken. Dabei entstand ein reger Austausch.

Der Tangermünder Ruderclub, präsentierte auf dem Fest sein vielfältiges Wirken. So trainieren Kinder, Jugendliche und



Auch SoVD-Mitglieder des Ortsverbandes waren auf dem Fest.

Erwachsene jeden Alters, auch verschiedener Nationen, miteinander.

Die jungen Ruder*innen zeigen ihr Können auf bundesweiten Regatten. Das Gemeinschaftsgefühl wird nicht nur auf

dem Wasser, sondern auch bei gemeinsamen Veranstaltungen wie der monatlich stattfindenden „Kulinarische Erlebnisreise“, Frauentagstouren, Würfelabenden, Wanderfahrten, und dem An- und Abrudern gefördert.

Treffen der Selbsthilfegruppe „Barrierefreies Tangermünde“

Mitmachen statt meckern

Sachsen-Anhalt Auf dem ersten Treffen der neu gegründeten Selbsthilfegruppe „Barrierefreies Tangermünde“ stellten die Redakteurinnen Duska Roth und Chiara Swenson aus dem Recharteam von „Correctiv-Recherchen für die Gesellschaft“ ihr Projekt „Stopp! Wo kommst du nicht voran?“ vor.

Bereits am Vormittag des Treffens verschafften sich die beiden Redakteurinnen einen ersten Überblick über noch bestehende Probleme für Menschen mit Behinderungen in Tangermünde. Dabei fiel auf, dass sich in der Stadt schon einiges getan hat. Dennoch steht in den nächsten Wochen einmal mehr das Thema „Barriere-

freiheit“ im Mittelpunkt. Über die Ergebnisse ihrer Recherche werden die Redakteurinnen in einer weiteren Veranstaltung informieren.

Gelobt wurde bei diesem Treffen unter anderem die gute Zusammenarbeit mit der Stadt. Der Bürgermeister Steffen Schilm (parteilos) und der Sachgebietsleiter für Inves-

titionen und Liegenschaften, Thomas Stagneth, gehören regelmäßig zu den Gästen der Selbsthilfegruppe. Sie nehmen die Anliegen der Gruppe auf und besprechen sie gemeinsam mit den Teilnehmer*innen. So konnten schon einige Barrieren abgebaut oder in den Planungen ein besonderes Augenmerk auf die Probleme von Bürger*innen mit Beeinträchtigungen geworfen werden. Die Zusammenarbeit erfüllt beide Seiten mit Stolz und zeigt, wie ein gemeinsames Miteinander mit Leben erfüllt wird. Also mitmachen und nicht nur meckern.

Dieses Treffen nutzte auch Astrid Eiling von der Selbsthilfekontaktstelle des Landkreises Stendal, um Möglichkeiten zur Selbsthilfe aufzuzeigen.

Die Mitglieder des SoVD in Tangermünde, Rainer Winkler und Ines Eisenhut sowie Landesfrauensprecherin Monika Lück, bringen sich auch bei den regelmäßigen Treffen ein.



Foto: Monika Lück

Die Selbsthilfegruppe tauschte sich mit den Journalistinnen aus.



Editorial

Liebe Mitglieder,

am 9. Juni sind wir zur Europawahl aufgerufen, das setzt sich im September in den Ländern Sachsen und Thüringen mit den Wahlen zu den Landtagen fort. Wer die Wahlen gewinnt, entscheiden Sie mit ihrem Votum an den Wahlurnen.

In diesen Tagen werden von unseren Mitgliedern zunehmend Fragen zum Umgang mit rechtsextremistischen Parteien aufgeworfen.

Derzeit geht nach zwei Gerichtsurteilen die AfD zum Angriff über. Ihr Ziel: die dritte Gewalt. Ein perfides und gefährliches Spiel. „Unrechtsurteil“, „Prozesssimulation“, „Zensur“, „politische Schauprozesse“ und „politische Verfolgung“. Richter, die in Wahrheit Täter seien, mitschuldig am „Niedergang unseres demokratischen Systems“. Mit solch maßloser Kritik reagieren AfD-Funktionär*innen, nachdem sie in dieser Woche in zwei wichtigen Verfahren Niederlagen kassiert haben: In Münster urteilte das Oberverwaltungsgericht, dass die Gesamtpartei vom Verfassungsschutz als rechtsextremistischer Verdachtsfall eingestuft und beobachtet werden darf. In Halle verurteilte das Landgericht den Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke wegen Verwendung einer SA-Parole zu einer Geldstrafe von 13.000 Euro.

Fairness ist von der AfD nicht zu erwarten. Sie wird wohl in beiden Verfahren in die nächste Instanz ziehen, die Urteile überprüfen lassen. Dabei aber wird sie ein böses doppeltes Spiel treiben: Den Rechtsstaat weiter nutzen – und zugleich massiv an seinen Pfeilern sägen. Das ist scheinheilig und brandgefährlich.

Für ein Verbot rechtsextremistischer Parteien sind hohe Hürden gesetzt; wir meinen: Gehen Sie zur Wahl – entscheiden Sie sich.

Wir geben keine Wahlempfehlung. Wer aber meint, seine Stimme den Rechtspopulisten geben zu müssen, dem kann man nicht helfen!



Joachim Heinrich

Joachim Heinrich,
Mitglied des Landesvorstandes,
Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses

Magdeburger Politischer Runder Tisch im April

Mode und Nachhaltigkeit

Sachsen-Anhalt Beim Politischen Runden Tisch der Landeshauptstadt Magdeburg wurde im April über ein Konzept zur Bürgerbeteiligung gesprochen. Anlässlich der „Fashion Revolution Week“ war auch die Nachhaltigkeit in der Modebranche ein Thema.

Nicole Deneke von der Stabstelle Strategische Entwicklung, Bereich Oberbürgermeisterin, Beteiligung und Kommunikationsmanagement, stellte das Konzept für Bürgerbeteiligung „Beteiligung mit Wirkung“ vor. Den interessanten Ausführungen folgte eine rege Diskussion. Im weiteren Verlauf der Veranstaltung gab Gleichstellungsbeauftragte Heike Ponitka Auskunft zum Sachstand des Klimabeirates der Stadt Magdeburg. Sie referierte auch über die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes, denn Klimaschutz ist ein Menschenrecht.

Des Weiteren informierte sie zum Thema Nachhaltigkeit und was sich dazu aktuell im Bereich der Mode tut: Die Initiative „Fashion Revolution Magdeburg“ will die Menschen dazu aufrufen, sich Gedanken darüber zu machen, wo die eigene Kleidung eigentlich herkommt. An verschiedenen Schauplätzen in Magdeburg hatte ein Team aus Mode- und Kulturschaffenden ein umfassendes Programm zusammengestellt mit Workshops, Filmen, einer Ausstellung und anderen Aktionen.



Aus den Orts- und Kreisverbänden



Kreisverband Halberstadt

Kreisverband Halberstadt

Am 8. April jährte sich die Bombardierung Halberstadts zum 79. Mal. Viele Honorar*innen der Stadt hielten kurze Reden zum Gedenken der Getöteten und deren Hinterbliebenen. Schüler*innen des Gymnasiums erinnerten an das Leid und die Arbeit der Trümmerfrauen. Dr. Karsten Lippmann und Cornelia Schatter nahmen als Vertreter*innen des örtlichen SoVD an der Gedenkveranstaltung teil. Dr. Lippmann kam auch in seiner Funktion als Vertreter der Partei „Die Linke“.

Am 11. April fand die Jahreshauptversammlung statt. Es ging um die Arbeit im vergangenen Jahr und die Planungen für dieses Jahr. Wie immer konnte jede*r Vorschläge machen. Aktuell liegt das Augenmerk auf dem von den SoVD-Mitgliedern geforderten Bau einer barrierefreien Toilette im Bereich des Breiten Weges. Dies wurde vom Bauherrn abgelehnt, unter anderem mit dem Vermerk, dass hierdurch die Sichtachse gestört werde. „Darauf lassen wir es nicht beruhen und haben uns auch an den MDR gewandt“, berichtete Vorsitzender

Klaus Schatter.

Ein Chor sorgte für die musikalische Untermalung der Versammlung (siehe Foto unten).

Kreisverband Wernigerode

Der Kreisverband Wernigerode hat Holger Oppermann und Peter Schneider, Beamte des Harzer Polizeireviers, zu einer Gesprächsrunde zum Thema „Prävention von Straftaten gegen Seniorinnen und Senioren“ eingeladen. Tatsächlich sind Täter*innen und Opfer von Gewalttaten ganz überwiegend junge Menschen. Dennoch sollten Straftaten gegen ältere

Menschen auf keinem Fall verharmlost werden. Die Angst vor den Folgen von Gewalt kann bei den betroffenen Senior*innen schwerer wiegen als etwa bei jüngeren Opfern.

Holger Oppermann (siehe Foto rechts) und Peter Schneider informierten die Anwesenden über Kriminalitätsformen, denen ältere Menschen in besonderer Weise ausgesetzt sind, und gaben Tipps zum wirksamen Schutz vor solchen Straftaten. Sie erläuterten die Gefahren an der Haustür, den Enkeltrick, neue Abzockmaschinen am Telefon, das Auftauchen falscher Polizeibeamter sowie das Vortäuschen falscher Notlagen und damit verbundene Diebstahldelikte.

Mit großem Interesse verfolgten alle Anwesenden die Ausführungen und nutzten die Gelegenheit, hinterher Fragen zu stellen. Da die Täter*innen immer wieder ähnliche Tricks anwenden, ist man durch Aufklärung schon gut gewappnet. Ganz wichtig ist aber – falls man doch einmal auf einen Trick hereingefallen ist – keine Scheu zu haben und seine Familie und die Polizei schnell zu informieren.



Kreisverband Wernigerode



Kreisverband Halberstadt



Kreisverband Wernigerode



Sprechstunden in Mitteldeutschland

Landesgeschäftsstelle

Moritzstraße 2 F, 39124 Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897. Fax: 0391/25 38 898. Sprechzeiten (nur nach telefonischer Vereinbarung) montags bis donnerstags 9–15 Uhr und freitags 9–13 Uhr.

Geschäftsstelle Leipzig

Holzhäuser Straße 124, 3. Etage, 04299 Leipzig-Stötteritz, barrierefreier Zugang. Beratungstermine nur nach telefonischer Vereinbarung über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg, Tel.: 0391/25 38 897, Ansprechpartner: Michael Fahr.

Sachsen-Anhalt Sozialberatung

Siehe Landesgeschäftsstelle.

Kreisverband Altmark Ost

Werner-Seelenbinder-Straße 2–4, 39576 Stendal, Tel.: 03931/54 50. Sprechstunden: jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Anhalt-Bitterfeld

Bitte an die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg wenden.

Kreisverband Burgenlandkreis

Selbsthilfekontaktstelle im Burgenlandkreis, Am Kalktor 5, 06712 Zeitz. Terminvereinbarung mit dem Kreisvorsitzenden Frank Biester, Tel.: 034443/59 99 50, Fax: 034443/59 99 49, E-Mail: blk@sovd-mitteldeutschland.de.

Kreisverband Halberstadt

AWO (barrierefrei), Friedensstraße 27, 38820 Halberstadt, Tel.: 0151/57 38 92 71, E-Mail: sovd.hbs@gmx.de. Sprechzeit: mittwochs 16–18 Uhr.

Kreisverband Halle (Saale) / Saalkreis

Wilhelm-von-Klewitz-Straße 11, 06132 Halle, Tel.: 0345/77 48 246. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr.

Kreisverband Klötze

Straße der Jugend 6, 38486 Klötze, Tel.: 03909/41 814. Sprechzeit: dienstags 8–12 Uhr.

Kreisverbände Magdeburg, Sangerhausen und Zerbst

Termine über die Landesgeschäftsstelle in Magdeburg.

Kreisverband Mittelbe

Lindenstraße 5, 39307 Genthin, Tel.: 0160/42 13 163 (mobil). Sprechstunde: jeden ersten Dienstag im Monat, 10–12 Uhr.

Kreisverband Oschersleben

Schöninger Straße 11, 39387 Oschersleben, Tel.: 0391/2538897. Sprechzeiten nach vorheriger Absprache, letzter

Mittwoch im Quartal von 10–11.30 Uhr.

Kreisverband Quedlinburg

Café zum Freimaier (barrierefrei), Heiligegeiststraße 10, 06484 Quedlinburg. Sprechzeit: erster Donnerstag im Monat, 14–16 Uhr. Andere Termine und Telefonberatung: 03946/70 61 08 (Vorsitzender), 03946/34 86 (Rentenberatung).

Kreisverband Salzwedel

Am Schulwall 1, 29410 Salzwedel, Tel.: 03901/65 888. Sprechzeiten: dienstags 9–12 und 14–16 Uhr.

Kreisverband Schönebeck

Otto-Kohle-Straße 23, 39218 Schönebeck, Tel.: 03928/70 20 20. Sprechzeit: dienstags 9–12 Uhr und nach Absprache.

Kreisverband Wernigerode

Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode. Sprechstunden: jeden zweiten, dritten und vierten Dienstag im Monat, 16–17.30 Uhr, sowie nach Vereinbarung. Anmeldungen erbeten unter Tel.: 03943/63 26 31 oder per E-Mail an: info@sovd-wernigerode.de.

Kreisverband Wanzleben

Markt 20, 39164 Wanzleben, Tel.: 039209/60 366. Sprechstunde: dienstags 9–11.30 Uhr.

Ortsverband Blankenburg

Vereinshaus „Alte Schule in der Oesig“, Am Lindenberg 1 a, 38889 Blankenburg (Harz)/Oesig, Tel.: 03944/64 733. Sprechzeiten: jeden ersten Montag und Dienstag im Monat, 11–13 Uhr, sowie nach Vereinbarung.

Thüringen Sozialberatung

Magdeburger Allee 138, 99086 Erfurt, Tel.: 0361/79 07 90 07, Fax: 0361/79 07 90 06, E-Mail: info@sovd-thue.de. Sprechzeiten: montags und donnerstags 10–15 Uhr, eine Terminvereinbarung ist erforderlich.

Kreisverband Thüringen Mitte, West Ortsverbände Apolda, Erfurt, Schmalkalden, Mühlhausen und Nordhausen

Sprechstunden s. Thüringen.

Sachsen Sozialberatung

Sprechstunden siehe Thüringen.



Termine

Kreisverband Wernigerode

4. Juni, 14.30 Uhr: Mitgliedertreffen, Heltauer Platz 1, 38855 Wernigerode.

Kreisverband Schönebeck

26. Juni, 11.30 Uhr: Info- und Grillveranstaltung in der Geschäftsstelle. Anmeldung erforderlich bis 18. Juni, Kontaktdaten siehe Rubrik „Sprechstunden“.

Kinder auf Rollen und Rädern im Straßenverkehr: welche Regeln für sie gelten

Spielzeug oder Verkehrsmittel?

Den Autoführerschein machen die meisten zwar erst mit 18 Jahren, doch cruisen, rutschen und rollen auch deutlich jüngere Verkehrsteilnehmende auf Deutschlands Straßen oder Gehwegen – und das mit zum Teil hohen Geschwindigkeiten. Der Auto Club Europa (ACE) erläutert, welche Verkehrsregeln für Minderjährige auf Rädern und Rollen gelten.

Nichtmotorisierte Fortbewegungsmittel

Nicht selten sind Kinder und Jugendliche auf Tretrollern, Inline-Skates und Rollschuhen unterwegs. Sie alle zählen ebenso wie Rollstühle zu den nichtmotorisierten Fortbewegungsmitteln. Auch Gefährte wie Bobbycars, Drei- und Laufräder fallen darunter. Laut Straßenverkehrsordnung, StVO, gelten sie nicht als Fahrzeuge, sondern als „besondere Fortbewegungsmittel“. Daher greifen dieselben Vorschriften wie für Fußgänger*innen. Diese nichtmotorisierten Fortbewegungsmittel können also auf Gehwegen, verkehrsberuhigten Straßen und in Fußgängerzonen gefahren werden – in Schrittgeschwindigkeit und mit Rücksicht auf den übrigen Verkehr.

Eine Ausnahmeregel gibt es für Inlineskates und Rollschuhe: Ein Zusatzzeichen mit Inlineskater-Symbol kann diese auch für Radwege und Straßen, auf denen maximal Tempo 30 gilt, zulassen. Dann muss, wenn möglich, innerorts am rechten, außerorts am linken Fahrbahnrand geskatet werden.

Fahrräder: Altersabhängige Regeln beachten

Für Kinder auf Fahrrädern gelten verschiedene altersabhängige Regeln: Bis zum Alter von acht Jahren müssen Kinder auf dem Gehweg oder auf baulich von der Fahrbahn getrennten Radwegen fahren.



Foto: Kate / Adobe Stock

Inline-Skaten ist nur dann auf dem Radweg erlaubt, wenn dort ein entsprechendes Symbol aufgemalt ist.

Hinweis: Eine Aufsichtsperson ab 16 Jahren darf das Rad fahrende Kind unter acht Jahren auf dem Gehweg begleiten. Rad fahrende Kinder von acht bis zehn Jahren dürfen Geh- oder Radwege, aber auch die Fahrbahn nutzen. Ab zehn Jahren müssen alle Kinder – wie Erwachsene – Radwege oder die Fahrbahn nutzen.

Auch für Spielzeuge gelten Regeln

Gefährte, die einen Motor besitzen und nicht schneller als 6 km/h fahren, können unter Umständen als Spielzeug eingestuft werden. Für sie gelten dann ebenso wie für nichtmotorisierte Fortbewegungsmittel die Regeln des Fußverkehrs.

Es ist somit grundsätzlich erlaubt, mit ihnen Gehwege zu benutzen, wenn auch unter Rücksichtnahme. Hier sind also im Zweifelsfall auch die Eltern gefordert, ihren Nachwuchs über die richtige Handhabung zu unterrichten und dabei zu unterstützen. Sonst kann es im Schadensfall zu einer Haftung der Eltern wegen Verletzung der Aufsichtspflicht kommen

Eigenes Regelwerk für Tempo bis 20 km/h

Den motorisierten Fortbewegungsmitteln mit einer bauartbedingten Höchstgeschwindigkeit von 6 bis 20 km/h ist ein eigenes Regelwerk gewidmet: Die Elektrokraftfahrzeugeverordnung (eKFV) sieht für motorisierte Fortbewegungsmittel, die bis zu 20 km/h schnell

fahren, zwar keine Helm- und Führerscheinpflicht vor, dafür aber Halt- und Lenkstange sowie Versicherungsplakette.

Elektrokraftfahrzeuge dürfen ab 14 Jahren gefahren werden. Hierzu zählen zum Beispiel E-Scooter und Segways.

Diese Kraftfahrzeuge müssen häufig die gleichen Verkehrsflächen nutzen wie Fahrräder, teils weichen die Regeln für Elektrokraftfahrzeuge jedoch auch ab. Mit E-Scootern und Co. muss beispielsweise auch dann auf Radwegen gefahren werden, wenn diese für Fahrräder nicht benutzungspflichtig sind. Sie dürfen nur in Ausnahmefällen, wenn keine Radwege oder Radfahrstreifen vorhanden sind, auf der Fahrbahn gefahren werden. Ausnahmeregelungen sind unbedingt zu beachten.

Manche Mobile sind nur im Privatraum erlaubt

Daneben gibt es viele nicht zulassungsfähige elektrisch angetriebene Mobile. Es handelt sich dabei meist um Fahrzeuge, die schneller als 6 km/h fahren können – zum Beispiel Kinder-E-Autos und -Motorräder, E-Skateboards, Monowheels sowie viele Hoverboards. Diese sind nicht im Straßenverkehr zugelassen und nur im abgegrenzten privaten Raum erlaubt.

Wer ohne Betriebserlaubnis außerhalb privater Gelände fährt, dem drohen Bußgelder, Verfahren und Punkte in Flensburg. Dies betrifft auch E-Scooter, die nicht die Anforderungen der eKFV erfüllen. *Quelle: ACE*



Foto: kasto / Adobe Stock

Immer wieder ein Ärgernis: E-Roller auf dem Bürgersteig.

Medizinische Notfallversorgung im Landkreis Rostock

Im Notfall eine Nummer

Generell gilt: Bei lebensbedrohlichen medizinischen Notfällen wird der Rettungsdienst unter der Nummer 112 gerufen. Bei akuten, nicht lebensbedrohlichen Erkrankungen ist die Rufnummer 116 117 des kassenärztlichen Bereitschaftsdienstes die richtige Wahl.

In der Praxis ist die Abgrenzung der beiden Notrufnummern längst nicht so klar und eindeutig wie in der Theorie. So kann es zu Zeitverlusten bei der Alarmierung des richtigen Hilfsmittels oder zur nicht indikationsgerechten Bindung knapper Ressourcen kommen. Deshalb fordern Expert*innen seit Langem die Vernetzung der beiden Rufnummern und damit des Rettungsdienstes und des ärztlichen Bereitschaftsdienstes.

Landkreis Rostock geht mit dem Vernetzungsmodell voran

Im Landkreis Rostock ist diese Forderung bereits in die Versorgungsrealität umgesetzt worden. In der Integrierten Leitstelle des Landkreises werden neben den Anrufen auf der 112 auch die Anrufe für den ärztlichen Bereitschaftsdienst entgegengenommen, die über die 116 117 eingehen. Begonnen wurde Ende 2022 mit dem Gebiet des Landkreises Rostock, seit dem 1. Mai ist das Stadtgebiet Rostock hinzugekommen. „Ganz unabhängig davon, welche Nummer der Bürger gewählt hat, entscheiden unsere medizinisch ausgebildeten Disponenten ohne Zeit- und Schnittstellenverluste darüber, welche Versorgungsebene zum Tragen kommt“, sagt Ralf Peter Odebrecht, Leiter des Eigenbetriebs Rettungsdienst des Landkreises Rostock. „Damit verhindern wir, dass ein Rettungsmittel bei einem Einsatz gebunden ist, obwohl keine entsprechende Indikation besteht. Ebenso verlieren wir keine Zeit, wenn ein Patient mit Symptomen für einen Schlaganfall oder Herzinfarkt die Nummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes gewählt hat.“

Schneller Austausch von wichtigen Daten möglich

Die Leitstelle in Bad Doberan kann dabei auf digitale Dienstpläne des ärztlichen Bereitschaftsdienstes zugreifen und die Einsätze digital an die diensthabenden Ärzte weiterleiten. „Unsere Ärzte im Bereitschaftsdienst müssen die Daten der Patient*innen wie Name, Wohnort und Krankheitssymptome nicht mehr selbst notieren, sondern bekommen diese von der Leitstelle vollständig digital übermittelt und können direkt aus der Anwendung heraus die Patient*innen zurückrufen oder sich zu einem Hausbesuch navigieren lassen“, sagt Dipl.-Med. Angelika von Schütz, Vorstandsvorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern.

Mit einer digitalen Schnittstelle ist es zudem möglich, auch außerhalb der Zeiten des ärztlichen Bereitschaftsdienstes eingehende Hilfersuchen zwischen der 112 und der 116 117 zu übergeben. Die einmal aufgenommenen Patientendaten können dabei direkt in die jeweiligen Einsatzleitsysteme übertragen werden. Ein gleiches Projekt besteht für den Bereich der Landkreise Vorpommern-Rügen und Vorpommern-Greifswald. „Wir sind zuversichtlich, im Verlauf dieses Jahres auch dort einen vergleichbaren Stand der Vernetzung zu erreichen.“

Quelle: Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport MV



Foto: Rokas / Adobe Stock

Die Zusammenlegung der beiden Notrufnummern ermöglicht schnellere und effektivere Rettungsmaßnahmen.

5 Termine



Wellnhofer Designs/Adobe Stock

Kreisverband Schwerin

4. Juni, 17 Uhr: Vorstandssitzung, Büro der Geschäftsstelle.
10. Juni, 17 Uhr: Mitgliederversammlung mit Vortrag „Einkaufsfälle Supermarkt“, Quartier Friedrich's.
14. Juni: Tagesfahrt nach Berlin mit Reichstagsbesichtigung und Stadtrundfahrt. Abfahrt 5.30 Uhr: Hbf., Grunthalplatz, 5.45 Uhr: Lessingstraße, 6 Uhr: Von-Stauffenberg-Straße, Bushaltestelle am Kiosk. Gespräch mit Reem Alabali-Radovan (MdB, SPD), Reichstagsbesichtigung mit Kuppel, Mittagessen, Stadtrundfahrt. Rückkehr in Schwerin gegen 19 oder 20 Uhr. Preis p. P. (auch für Nichtmitglieder) inklusive Mittagessen und Eintritt 10 Euro (**passend** im Bus zu zahlen).

Anmeldung erforderlich bei Andrea Preuß-Borowsky per SMS, Whatsapp oder Tel.: 0152/52 13 20 93 oder E-Mail an: a.preussborowsky@outlook.com. Angaben bei der Buchung: Vor- und Zuname aller Reisegäste (so wie im Lichtbilddokument eingetragen), Geburtsdatum, Telefonnummer, gewünschter Zustieg, Angabe einer eventuellen Gehilfe. Nach mündlicher Teilnahmebestätigung seitens der Kreisvorsitzenden ist die Fahrt verbindlich gebucht.

Rechtsberatung



Foto: Anja/Adobe Stock

Greifswald: 13. Juni; **Rügen / Stralsund:** 18. Juni; **Röbel:** 25. Juni. Es berät Donald Nimsch.

Parchim: 5. Juni (Terminvereinbarung bitte über die Landesgeschäftsstelle Rostock); **Grevesmühlen / Wismar:** 12. Juni; **Güstrow / Schwerin:** 26. Juni. Es berät Doreen Rauch.

Bitte vereinbaren Sie Termine bei den Kreisverbänden zu den jeweiligen Bürozeiten! Die Nummern stehen in der Rubrik „Kontakt“. Die Berater*innen sind auch außerhalb der Beratungszeit telefonisch erreichbar; in den Kreisverbänden zu deren Öffnungszeiten und beim Landesverband unter Tel.: 0381/76 01 090, montags bis donnerstags 8–16 Uhr und freitags 8–12 Uhr.

Kontakt

Kreisverband Demmin: Schützenstraße 1 A, Raum 3, Friesenhalde, 17109 Demmin, Tel. über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Güstrow: Friedrich-Engels-Straße 27, 18273 Güstrow, Tel.: 03843/68 20 87.

Kreisverband Ludwigslust: Möllner Straße 30, 19230 Hagenow, Tel.: 03883/51 01 75.

Kreisverband Röbel: Predigerstraße 12, 17207 Röbel, Tel.: 039931/12 96 17.

Kreisverband Neubrandenburg: Ansprechpartner: Landesverband, Tel.: 0381/76 01 090.

Kreisverband Nordvorpommern: Straße der Solidarität 69, 18507 Grimmen, Tel.: 038326/46 52 31.

Kreisverband Nordwestmecklenburg: Am Kirchplatz 5, 23936 Grevesmühlen, Tel.: 03881/71 33 23.

Kreisverband Parchim: Ludwigsluster Straße 29, 19370 Parchim, Tel.: 03871/44 42 31.

Kreisverband Rostock: Henrik-Ibsen-Straße 20, 18106 Rostock, Tel.: 0381/76 96 130.

Kreisverband Rügen: Störtebeker Straße 30, 18528 Bergen/Rügen, Tel.: 03838/20 34 81.

Kreisverband Schwerin: Mehrgenerationenhaus, 5. OG (hinter der Glastür rechts, 1. Raum), Dreescher Markt 1, 19061 Schwerin, Tel.: 0385/20 09 03 48.

Kreisverband Stralsund: Wiesenstraße 9, 18437 Stralsund, Tel.: über Rostock unter: 0381/76 01 090.

Kreisverband Vorpommern-Greifswald: Makarenkostraße 9 b, 17491 Greifswald, Tel.: 03834/84 04 88.

Kreisverband Wismar: Lübsche Straße 75, 23966 Wismar, Tel.: 03841/28 30 33.



Aus den Kreis- und Ortsverbänden



Mitglieder des Kreisverbandes Rostock

Kreisverband Rostock

38 Mitglieder machten am 11. April eine gemeinsame Fahrt in die alte Residenzstadt des Landes Mecklenburg-Schwerin. Mit zwei Reisebussen gelangte man nach Ludwigslust.

Nach der Ankunft ging es zuerst in die Stadtkirche, in der Küster Axel Herud der Gruppe deren Besonderheiten erklärte. Die Kirche ist in Nord-Süd-Richtung aufgebaut und hat keinen Turm. Die zwei Glockentürme befinden sich in 200 Meter Entfernung und bilden den Eingang zum Friedhof. Das Altarbild, das größte Europas, ist einzigartig (siehe rechtes Foto). Es ist 350 Quadratmeter groß, 14 Meter hoch und nimmt die gesamte Fläche hinter dem Altar ein. Auf halber Höhe, in einem Zwischenraum, befindet sich der Chor mit der Orgel. Um die Akustik zu demonstrieren, blies der Künstler ein Stück auf der Trompete.

Bei einsetzendem Regen spazierte die Gruppe mit Stadtführer Herr Kusch kurz durch den Park, bevor im Restaurant „Alter Dragoner“ zu Mittagessen wurde. Danach ging es zu einer Führung ins Schloß, das zur Zeit noch renoviert wird.

Man darf sich nicht täuschen lassen, was wie Marmor aussieht, ist kein Marmor. Schränke, von denen jeder denkt, sie seien aus Holz, sind nicht aus Holz. Da die Kassen klamm waren, hatte man sich schon früher was einfallen lassen. Die Säulen die Schränke, der Stuck und vieles mehr wurden aus Papiermaschee gemacht in der Papierfabrik, die heute das Rathaus ist.

Vor der Rückfahrt nach Rostock gab es für die Reisegruppe noch die Möglichkeit, ins Hofcafé einzukehren.

Es war für alle Teilnehmer*innen ein schöner, interessanter Tag mit vielen neuen Eindrücken. Der Tag war vom Kreisvorstand bestens organisiert worden. Besonders Uwe Wernicke wurde hierfür großer Dank der Teilnehmenden ausgesprochen.



Kreisverband Rostock

Kreisverband Schwerin

Zur 5. Mitgliederversammlung hatte die Vorsitzende Andrea Preuß-Borowsky den Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) eingeladen. Die Fachdienstleiterin Renate Kubuttat stellte in einem beeindruckenden Bericht dessen Arbeit dar. Daraus ergab sich eine lebhaft Diskussionsrunde.

Der SpDi ist zuständig für alle Menschen, die in Schwerin leben, älter als 18 Jahre sind und sich in einer psychischen Krise befinden, seelische Probleme haben oder an einer psychischen Erkrankung oder Störung und deren Folgen leiden. Der SpDi unterstützt die soziale Rehabilitation und die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft.

Depression ist leider immer

noch ein Tabuthema in unserer Gesellschaft, dabei leiden rund 5,3 Millionen Erwachsene in Deutschland an dieser Krankheit. Die Betroffenen gehen meist einen langen Leidensweg und erfahren viel Unverständnis in ihrem Umfeld. Der soziale Rückzug ist vorprogrammiert. Nicht nur die Erkrankten, sondern auch die Angehörigen, Freunde, Kollegen oder Nachbarn benötigen Unterstützung im Umgang mit psychisch erkrankten Menschen. Beratungsstellen und Selbsthilfegruppen sind hier die richtigen Ansprechpartner*innen.

Fazit der Veranstaltung: Empathie und Achtsamkeit gegenüber den Mitmenschen täte allen gut. Einfach mal nachfragen, wie es dem Gegenüber geht!



Kreisverband Schwerin

In einer Partnerschaft stehen Menschen füreinander ein – das gilt auch in finanzieller Hinsicht

Wie teuer wird der Umzug ins Pflegeheim?

Ist jemand pflegebedürftig, kann die Betreuung zu Hause irgendwann unmöglich werden. Doch ein Heimplatz ist teuer. Die Eigenanteile steigen seit Jahren: Im Durchschnitt liegen sie derzeit bei rund 2.800 Euro monatlich, je nach Bundesland sogar noch höher. Dafür reichen oft die eigene Rente oder Pension sowie Ersparnisse nicht. Dann muss, wenn vorhanden, in vielen Fällen der Partner zahlen.

Kinder sind beim Unterhalt – und somit bei Heimkosten – seit 2020 durch das Angehörigen-Entlastungsgesetz meist „raus“: Für ihre bedürftigen Eltern müssen sie nur zahlen, wenn sie über 100.000 Euro brutto im Jahr verdienen. (Entferntere Verwandte sind gar nicht verpflichtet.) Diese Grenze gilt aber nicht für Partnerschaften. Und dazu zählen nicht nur Ehen, sondern auch eheähnliche Gemeinschaften.

Für Paare ist der Umzug ohnehin schon ein Einschnitt. Was die Kosten angeht, rät die Zeit-

schrift „Finanztest“: Schrumpft das Vermögen auf 10.000 Euro pro Person, zu zweit also 20.000 Euro, sollte der die Pflegebedürftige Sozialhilfe beantragen. Bevor das Amt leistet, prüft es neben dem Vermögen aber auch die gemeinsamen Einkünfte.

Die Person, die zu Hause wohnen bleibt, soll nicht selbst zum Sozialfall werden. Darum bleibt ihr vom Paareinkommen ein „Garantiebetrag“ zum Leben: in der Regel der Sozialhilfesatz Stufe 1, aktuell 563 Euro, plus Miete. Oft schlage das Sozial-

amt laut „Finanztest“ noch einen kleinen Puffer auf. Das Paareinkommen minus dem Garantiebetrag ergibt dann die Summe, mit der sich der Partner an den Kosten beteiligen muss. Der Betrag wird noch bereinigt, abziehbar sind etwa Posten wie wichtige Versicherungen.

Lebt der Partner in einer eigenen Immobilie, muss sie meist nicht verkauft werden, sondern ist Schonvermögen – falls die Behörde die Größe des Hauses oder der Wohnung „angemessen“ findet. *ele/dpa*

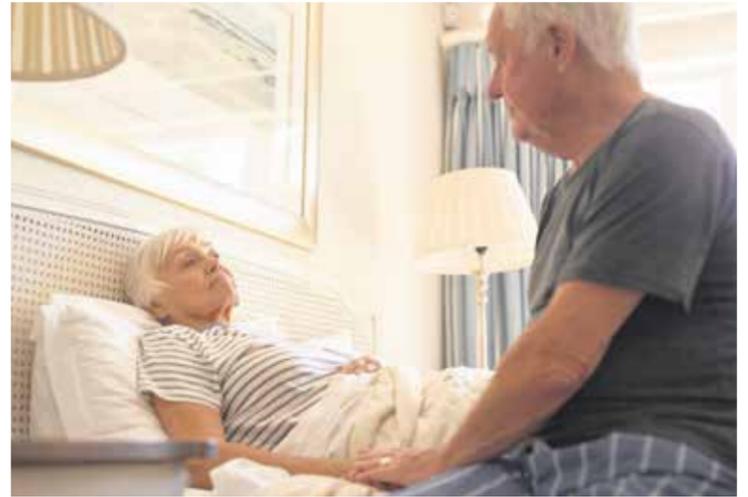


Foto: mavoimages / Adobe Stock

Ehe- oder Lebenspartner*innen haften gegenseitig für den Eigenanteil, der bei stationärer Pflege anfällt. Einen Antrag auf Sozialhilfe sollten Betroffene rechtzeitig stellen. SoVD-Mitglieder können sich bei Fragen zudem an die Beratungsstellen des Verbandes wenden.

Anzeige

Reisetipp

Seniorenurlaub

in das Allgäu und an die Ostsee

Fordern Sie noch heute unverbindlich den Katalog für Ihren Urlaub 2024 mit Hotels im Allgäu (u.a. Oberstdorf, Bad Wörishofen, Füssen) und an der Ostsee (u.a. Rügen, Timmendorf, Darß, Kühlungsborn) an, z.B. inkl. HP, inkl. Hin- u. Rückfahrt im 9-Sitzer Pkw ab/zur Haustür, 7 Tage für nur 698,- €. Tel. 0 83 76 / 92 92 72
Seniorenurlaub Kellner GmbH, Alpenblickstr. 17, 87477 Sulzberg • www.seniorenurlaub.de

Naturpark Spessart

Ihr barrierefreies Hotel - Panoramalage - Lift
Hallenbad-Infrarot-Sauna-Whirlpool-Dampfbad-Kegelbahnen

HP ab 65€

staatl. anerkt. Erholungsort. 90km Wanderwege, Biergarten, Livemusik, viele Einzelzimmer, Beste Ausflugsmöglichkeiten Seniorengerecht, alle Zi. Flachdusche/WC/Fön/Safe/Wlan/TV.

Landhotel Spessartruh | Wiesenerstr.129 | 97833 Frammersbach, Bayern
Tel. 09355-7443 | www.landhotel-spessartruh.de

Polnische Ostsee

Speziell für den SoVD inklusive Haustürabholung PLZ 0-5
Kur und Vital Reiseservice GmbH - 26197 Ahlhorn 04435 - 953 88 60

14 Tage Kur . poln. Ostsee , 3*+ Hotel, 300m zum Strand**
Schwimmbad/Sauna, Ü/F/HP, 2 Anwendungen p. Werktag, Fahrstuhl, p.P. im DZ ab **599€**

14 Tage Kombi- Reisen Oktober 2024, Mai 2025
1 Woche Masuren mit Ausflüge und 1 Woche Erholung/ Kur poln. Ostsee, oder 1 Woche Danzig und 1 Woche Erholung/Kur an der poln. Ostsee alles inkl. Haustürabholung, Ü/F/HP, Ausflüge, Eintrittsgelder, Kur, p.P. im DZ **1.299€**

Denken Sie an Ihren Weihnachts- / Silvesterurlaub mit Transfer Ü/F/HP/2 Anwendungen p. Werktag, Weihnachts u. Silvesterfeier Katalog anfordern

Gesucht & Gefunden

Treppenlift

Bundesweiter Service, 24 Stunden, 365 Tage im Jahr

► Service bundesweit
► Kurze Lieferzeiten
► Sehr preiswert

Neu oder gebraucht

Rufen Sie uns kostenlos an **0800 - 234 56 55**
www.minova-lift.de

Hier könnte auch Ihre Anzeige stehen:
Privat-, Kontaktanzeigen,
Gewerbliche Anzeigen oder Reiseanzeigen.
Buchung und Beratung unter

07243 / 5390-123
0176 / 47129886

Harz

Bad Lauterberg FeWo, Kab.-TV., Sep.-Eing., Ruh.lage, 2 Pers., ab 35,-€/Tag ☎ 055 24 / 16 30

Bad Lauterberg FeWo, 50m², 2 Pers. Balkon, ab 30,-€, Gerlach ☎ 055 24 / 8 06 98

Bayerischer Wald

Schreiner
LANDHOTEL + GASTHOF

GUT SCHLAFEN ... GUT ESSEN ... SCHÖN FEIERN ... GUTE ERHOLUNG
direkt am Nationalpark Bayerischer Wald

Für Gruppen geeignet

SCHNUPPERTAGE
buchbar bis 30.11.2024
3 Nächte inkl. Halbpension
1x Sektcocktail
1x Kaffee & Kuchen
Inklusive Nationalpark-Card mit zahlreichen Vergünstigungen
p. P. im DZ ab 203 €

Tagespreis p. P. im DZ inkl. Frühstück 46 € | inkl. Halbpension 63 €

Landhotel Gasthof Schreiner | Theresia Pichler | Dorfplatz 17 | 94545 Hohenau
Tel. 08558 / 1062 | info@gasthof-schreiner.de | www.gasthof-schreiner.de

Traumhafte Tage im Bayerischen Wald mit Ihrer Reisegruppe
nahe Passau

großzügige Bäderlandschaft, versch. Säunen, Ruheoasen

Planen Sie schon Ihre nächste Gruppenreise?
Gem. Komfortzimmer(WLAN) Wohlfühl-Bäderlandschaft. 5 Tage m. HP ab 325,- € p.P./DZ
Wahlmenüs mit reg. Zutaten, Salatbuffet, Frühstücksbuffet mit hausg. Köstlichkeiten.
Bäderlandschaft mit Säunen u. Ruheoasen zum Wohlfühlen. Massage & Kosmetiksalon.
Historischer Weinkeller mit einem Rittermahl - der Höhepunkt Ihrer Reise.
2 Kegelbahnen, Tanzbar, Hoteleigene Tiefgarage.
Zentrale Lage für Ausflüge nach Passau, Böhmen und Österreich.
Romantik Posthotel - Fam. Dafinger - 94133 Röhrnbach - Marktplatz 1
Tel 085 82-80 88 • www.romantik-posthotel.de

Denken Sie JETZT an Ihre Gruppenreise 2025!
Schönes Hotel zwischen Passau & Nationalpark Bay. Wald

Alle Zimmer mit DU/WC, Fön, Telefon, Sat-TV, Hallenbad (33°C), Sauna, Dampfsauna, Farblicht-Saunarium, Solarium, Kräutersauna, Solebad, Rosenbad, Fitnessraum und Ruhepavillon, Lift, 2 Kegelbahnen, windgeschützte Terrasse. Frühstücksbuffet, Menüwahl.

5 Übernachtungen mit Halbpension p.P. im DZ inkl. 1 x Reiseleitung für eine Tagesfahrt 330,-

URLAUBSHOTEL *Binder*
Inhaber: Alfred Binder
Freihofer Str. 6
94124 Büchberg
Tel. 08505-9007-0
Fax 08505-9007-99
info@hotelbinder.de
www.HotelBinder.de

Odenwald

Urlaub im Naturpark Neckartal-Odenwald · Gruppenreisen 2024/25

69436 Schwanheim bei Heidelberg · Dorfriesenstr. 11

Hotel & Pension Schwanheimer Hof

Unser familiär geführtes Hotel ist seit Jahren beliebtes Ziel für Gruppen- u. Seniorenreisen. Durch die zentr. Lage von Schwanheim ist unser Haus idealer Ausgangspunkt für Ausflugsfahrten nach Heidelberg, Schwetzingen und Speyer. Schifffahrt auf dem Neckar - Odenwaldrundfahrt, tolle Rad- und Wanderwege uvm. Alle Zimmer mit Du/ WC, TV, Balkon. Reichhaltiges Frühstücks- und Salatbuffet am Abend. Große Sonnenterrasse. Fragen Sie nach unseren attraktiven Gruppenangebote, für 20 - 50 Personen.
Claudia Eckelmann - Friß · Tel 0 62 62 - 63 81 · Fax 9 50 34 · www.schwanheimerhof.de

Nord-/ Ostsee

Büsum*, FeWo-2Pers. 38qm/FeWo-4Pers. 50qm, Küche, WoZ., SZ., D-Bad, Balkon, Garten, Stellplatz, TV uvm. ☎ 0174/611 3066**

Kaiserbad Heringsdorf/Ostsee-Ferienwohng. strandnah Garten Hunde willkommen freie Termine ab 85 € ☎ 0174/6882835

Nord-Ostsee-Kanoll Meist befahrene Wasserstraße der Welt, Fewos, Dachterr., Badesee, Hauspr. ☎ 048 35/1300, landhausamgrahof.de

FeWh. in Husum, strandnah, für 2-4 Personen 50,- € pro Tag ☎ 048 41 / 6 39 87 www.jacobs-ferienwohnung.de

NORDSEE: 2NR-Fewos, sep. Eingang, Garage 2 Schlafzimmer, Hausprosp. ☎ 048 46 / 29 1

BÜSUM, **-Fewo, 1 - 3 Personen, 5 min. z. Strand u. Ortskern, Flachbild-Kabel-TV, NR, keine Haustiere, ab 29,- €** ☎ 0 48 34/2611 • www.haus-corinna.de

BÜSUM, DZ u. EZ, TV, Garten, zentr. Lage + OF 25,- €. ☎ 0160/171 44 38

Büsum: versch. FeWo, 1-6 Pers. Bezogene Betten bei Anreise. Teilweise Seeblick. Ab 20€ ☎ 04834-9204, www.deichräume.de

Urlaub an der Nordsee Ferienhaus mit Garten. ☎ 0152 - 53435007

BÜSUM, 3 DZ mit Farb-TV und 1 FeWo. Kühlschrank, Garten. ☎ 04834/8493

Büsum/Stintek - Fewo am Deich. ~ 4 Pers. Terrasse. 7 Min z. Strand inkl. Strandk. Erdgeschoss. ☎ 0162 - 9555961

BÜSUM, Fewo für 1-2 Pers., Balkon, Parkplatz, Fahrräder, W-Lan, Wäsche inklusive. Ab 29€ p.T., ☎ 048343283

Polnische Ostsee

(K)urlaub u.a. Usedom, 7 Tg., HP, Hotel**** ab €198,- optional Hausabholung & Anwd. JAWA-Reisen.de (GmbH) Giersstr. 20, 33098 Paderborn ☎ 05251/390 900

Teutoburger Wald

Bad Salzuffen FeWo an der Promenade, 1A Lage, privater Garten, überdachte Terrasse. ☎ 052 22 / 152 17 | fewobadsalzuffen@gmail.com

Schleswig-Holstein

Inselstadt Ratzeburg. Kl. Ferienhaus für 2 Pers. Mit Bettwä. + Handtü. Eingez. Gartenlä. Hühner + Hahn auf Grundst. 35€ p.N. End.Rei. 30€ ☎ 0177-1727432



Tipp für Kinder

Du fehlst so, Hase!

Schildkröte Cleo und Hase Leo sind unzertrennlich. Obwohl sie sehr unterschiedlich sind, halten sie immer zusammen und helfen sich gegenseitig. Doch eines Tages ist Leo plötzlich verschwunden und lässt nur ein Loch zurück. Bär Otto rät dem Schildkrötenkind, die Leere mit Erinnerungen zu füllen. Und so denkt Cleo an all die schönen Erlebnisse zurück, die sie mit ihrem weltbesten Freund Leo hatte, an all das Lachen und an die wunderbaren Abenteuer, die sie gemeinsam erlebt haben.



Mit schönen Illustrationen bringt die herzerwärmende Geschichte Kindern ab vier Jahren die Themen Freundschaft und Verlust nahe und spendet Trost.

John Dougherty und Thomas Docherty: *Du fehlst so, Hase!* Penguin Junior, 40 Seiten, ab vier Jahren, ISBN: 978-3-328-30271-1, 15 Euro.

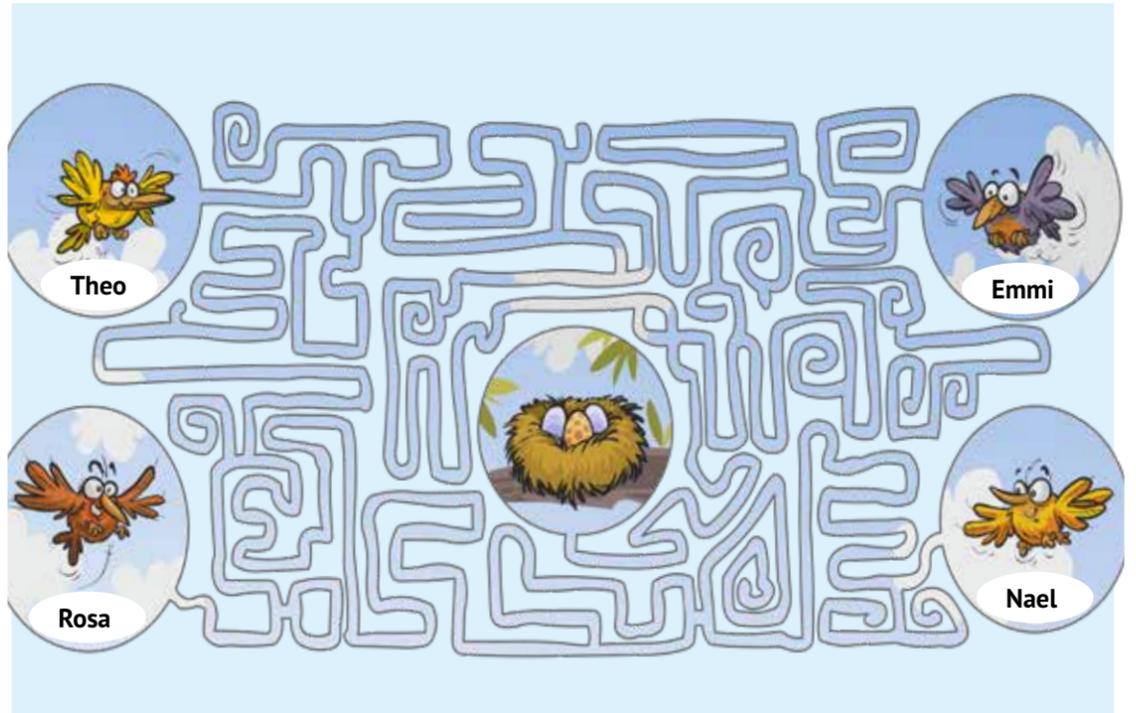
Möchtest du das vorgestellte Buch gewinnen? Dann löse schnell die Aufgabe in „Rolands Rätsecke“ auf dieser Seite! Den Namen des Vogels, der es ins Nest schafft, schickst du dann mit dem Betreff „Du fehlst so, Hase!“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.



Rolands Rätsecke

Welcher Vogel kommt ins Nest?

Beim Ausbrüten der Eier haben die angehenden Vögeltern einen leckeren Regenwurm entdeckt und für diesen kleinen Imbiss ihren Posten verlassen. Nun aber schnell zurück! Doch welcher Weg führt welchen Piepmatz zurück zum Gelege?



Grafik: Bob Klissourski / Adobe Stock; Montage: SoVD



Fröhliche Fehlersuche

Von wegen Kinderspiel

Hier herrscht zwar eine ausgelassene Stimmung. Doch die Suche der sieben Fehler, die auf dem unteren Bild versteckt sind, ist kein Kinderspiel. Die Auflösung findest du auf Seite 18.



Grafik: yusufdemirci / Adobe Stock



Voll engagiert

Erinnerung an Euthanasie

Im Nationalsozialismus galten Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen als „lebensunwert“. Sie wurden damals erst in sogenannte NS-Zwischenanstalten gebracht und später ermordet. Heute sind in diesen Gebäuden oftmals Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen untergebracht. An die traurige Geschichte der Orte und an die dort verübten Verbrechen erinnerten jetzt Schüler*innen eines Hamburger Gymnasiums mit einem Kunstprojekt.

Die Ermordung von Menschen mit körperlichen oder geistigen Behinderungen zur Zeit des Nationalsozialismus bezeichneten die Nazis als „Euthanasie“. Dieser Begriff entstand aus den altgriechischen Wörtern „eu“ („gut“) und „thanatos“ („Tod“). War damit ursprünglich ein „Sterben ohne Schmerzen“ gemeint, hat diese Bedeutung mit den Morden der Nazis nichts mehr zu tun.

Mit Omnibussen brachte man damals Menschen aus Psychiatrien und anderen Heileinrichtungen vor ihrer Ermordung zunächst in Zwischenanstalten. In einem der früheren Anstaltsgebäude in Neuruppin befindet sich heute ein Universitätsklinikum. An die Geschichte des Hauses und an die Verbrechen der Nationalsozialisten erinnert allerdings kaum noch etwas. Das wollten Schüler*innen der elften Klasse eines Gymnasiums aus Hamburg-Altona ändern.

Sie beteiligten sich an dem Projekt „NS-Euthanasie erinnern – inklusive Gesellschaft gestalten“. Gemeinsam mit Künstler*innen erstellten sie mithilfe Künstli-



Foto: Andreas Praefckel / Wiki Commons

Das „Denkmal der Grauen Busse“ erinnert an die Euthanasie-Opfer im Nationalsozialismus, die mit derartigen Omnibussen abgeholt wurden, um sie danach zu ermorden.

cher Intelligenz (KI) Bilder, die es so aussehen lassen, als würden Geister durch die leeren Hallen wandeln. Die 16 bis 18 Jahre alten Jugendlichen verarbeiteten ihre Eindrücke zudem in Form von Skulpturen, Fassadenmalerei oder Installationen im öffentlichen Raum.

Sonja Begalke von der Stiftung Erinnerung, Verantwor-

tung und Zukunft (EVZ), die das Projekt förderte, findet es wichtig, sich mit der Vergangenheit und den Euthanasie-Morden zu beschäftigen. Denn, so erklärt Begalke, die Ideologie aus der Zeit des Nationalsozialismus wirke bis heute fort und sei maßgeblich dafür verantwortlich, dass es weiterhin Behinderungenfeindlichkeit gebe.

Dunja Hayali engagiert sich gegen Hass und für eine offene Gesellschaft

Haltung zeigen – für Toleranz

Im ZDF moderiert sie gleichermaßen informativ wie unterhaltsam das „Morgenmagazin“ und das „heute-journal“. Als Botschafterin der Initiative „Respekt! Kein Platz für Rassismus“ wirbt sie für ein respektvolles Verhalten gegenüber anderen. Am 6. Juni wird die Journalistin Dunja Hayali 50 Jahre alt.

Geboren und aufgewachsen im Ruhrgebiet, begann Dunja Hayali ihre Karriere zunächst als Sportberichterstatteerin. Später folgten Nachrichtensendungen und Talkmagazine.

Die Moderatorin engagiert sich für ein friedliches Miteinander, wehrt sich aber ebenso vehement gegen Hass und Beleidigungen. Als Hayali 2016 die Goldene Kamera erhielt, bekannte sie sich zur Vielfalt von Meinungen. Wer sich allerdings rassistisch äußere, so die Fernsehjournalistin unter großem Applaus, der sei ein Rassist.



Foto: Hannes P Albert / picture alliance

Mit Dunja Hayali können Zuschauer*innen locker in den Tag starten oder am Abend die Nachrichten aus aller Welt verfolgen.

Wegen seiner Größe konnte Spitzenschwimmer Michael Groß nicht Pilot werden

Flugverbot für den Albatros

Als Schwimmer gewann er insgesamt dreimal Gold bei Olympischen Spielen und wurde fünfmal Weltmeister. Doch mit seinem ersten Berufswunsch war er zuvor gescheitert: Ein Verkehrspilot mit 2,01 Metern Körpergröße passt nicht ins Cockpit. Am 17. Juni wird Michael Groß 60 Jahre alt.

Den Spitzname „Albatros“ verdankt Michael Groß seiner enormen Armspannweite. Diese half ihm dabei, neben diversen Titelgewinnen unter anderem auch zwölf Weltrekorde aufzustellen. Auf diesen Lorbeeren wollte sich der Ausnahmesportler aber nicht ausruhen.

Nach seinem Studium promovierte Groß in Philologie und unterrichtet als Honorarprofessor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Zudem ist er als Unternehmensberater tätig und schrieb mehrere Sachbücher.



Foto: Kirsten Nijhof / picture alliance

Er sei oft gescheitert, sagt Michael Groß. Doch wer alle seine Ziele erreiche, so seine Überzeugung, der stelle sich zu leichte Aufgaben.

Ihre Unabhängigkeit stand für Sängerin Gianna Nannini stets an erster Stelle

Ungeachtet aller Konventionen

Die italienische Rocksängerin („Bello e impossibile“) kümmerte sich nie darum, was andere über sie denken. Sie setzte sich für Frauenrechte ein, demonstrierte gegen Atomversuche und wurde 2010 erstmals Mutter einer Tochter. Am 14. Juni feiert Gianna Nannini ihren 70. Geburtstag.

Schon früh begann Gianna Nannini zu rebellieren. Weil sie die Konditoreien ihrer Eltern nicht übernehmen wollte, „floh“ die junge Frau nach Mailand. Dort sang sie in verschiedenen Bars und bekam ihren ersten Plattenvertrag.

Die Rockmusikerin mit der markanten Reibeisenstimme tritt bis heute vehement für ihre Überzeugungen ein. Diesen Drang zur Unabhängigkeit, so Nannini, beobachte sie auch bei ihrer Tochter. Mit der knapp 14-Jährigen müsse sie oft über die kleinsten Dinge diskutieren.



Foto: Elena Vizzoca / ZUMAPRESS.com / picture alliance

An die Rente denkt sie noch lange nicht: Italiens Rockstar Gianna Nannini geht demnächst mit einem neuen Album auf Tournee.



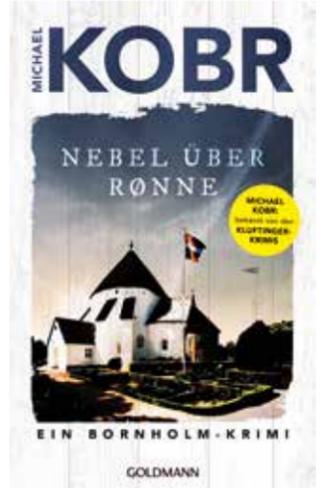
Buchtipp

Nebel über Rønne

Über dem Flughafen von Rønne herrscht dichter Nebel, als dort am Abend eine kleine Privatmaschine landet. Das Flugzeug rollt aus und stoppt am Ende der Landebahn. Die Türen bleiben verschlossen. Als niemand an Bord auf die Funksprüche des Towers reagiert, macht die Flughafensicherheit eine ebenso furchtbare wie verstörende Entdeckung: Alle drei Insassen sind tot.

Lennart Ipsen von der Bornholmer Kriminalpolizei steht angesichts dieses überaus raffinierten Mordanschlages vor einem Rätsel. Was genau hat sich in dem Flugzeug abgespielt? Ipsen setzt alles daran, herauszufinden, wer den Frieden auf der beschaulichen dänischen Urlaubsinsel auf so brutale Art und Weise gestört hat.

Michael Kobr: *Nebel über Rønne*. Goldmann, 416 Seiten, ISBN: 978-3-442-31690-8, 24 Euro.



Wenn Sie ein Exemplar des vorgestellten Buches gewinnen möchten, dann schreiben Sie mit dem Betreff „Nebel über Rønne“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovd.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.



Denksport

Der Ball ist rund

1		Albanien		2
		Georgien		
3		Kroatien		4
		Österreich		
5		Polen		6
		Rumänien		
7		Serbien		8
		Slowakei		
9		Slowenien		10
		Tschechien		

Foto: Igor Link / Adobe Stock

Am 14. Juni beginnt die UEFA-Fußball-Europameisterschaft der Männer. Gastgeberland der EURO 2024 ist dieses Mal Deutschland. Zu den teilnehmenden Nationen gehören unter anderem auch die zehn oben aufgeführten Länder. Können Sie diese den jeweils abgebildeten Flaggen zuordnen?

Die Auflösung finden Sie wie immer auf Seite 18.

Buchtipp

Über Geld spricht man doch!

Um im späteren Leben nicht mit den Finanzen auf Kriegsfuß zu stehen, sollten bereits Kinder lernen, wie man mit Geld umgeht. Dieses Wissen vermitteln ihnen oftmals Eltern und Großeltern. Dabei sollte es nicht allein darum gehen, das Geld für spätere Ausgaben „auf die hohe Kante“ zu legen, sondern es auch möglichst sinnvoll zu investieren.



Mithilfe dieses Ratgebers können Familien eventuelle Berührungspunkte abbauen und sich dem Thema Finanzen mit Spaß nähern. Die Anschaffung dieses Buches zahlt sich aus. Denn es liefert praktische Tipps und Ideen zum Umgang mit Geld – vom ersten Taschengeld über die Spardose bis hin zu Geschenken und Geldanlagen.

Claudia Müller, Isabel Sorg: *Über Geld spricht man doch!* Kösel, 256 Seiten, ISBN: 978-3-466-31217-7, 20 Euro.

Möchten Sie das vorgestellte Buch gewinnen? Dann schreiben Sie mit dem Betreff „Über Geld spricht man doch!“ entweder per E-Mail an: verlosung@sovde.de oder aber mit dem gleichen Stichwort per Post an: SoVD, Redaktion, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.

Zeitmaschine

Das Ende der Butterfahrten

Nach dem Krieg stand „Butterfahrt“ für den zollfreien Einkauf von Zigaretten, Butter oder Schnaps. Doch bei den günstigen oder kostenlosen Ausflügen ging es ebenso um Geselligkeit. Vor 25 Jahren war damit Schluss. Ab dem 30. Juni 1999 waren die abgabenfreien Shoppingtours verboten.

Ihren Namen verdankten die Butterfahrten dem damals insbesondere in Dänemark billigen tierischen Streichfett. Wer ein Schnäppchen machen wollte, stach von Flensburg oder Travemünde aus in See und kam nach dem Kurzausflug glücklich mit vollen Taschen zurück. Dann jedoch nahm die EU den Reisen quasi die Butter vom Brot.

Bereits 1981 war der Europäische Gerichtshof zu dem Schluss gekommen, dass die Abgabefreiheit auf „Butterschiffen“ nicht mit EU-Recht vereinbar sei. Das endgültige Verbot des zollfreien Einkaufs folgte allerdings erst 18 Jahre später.



Foto: Meyer / picture-alliance

Nicht allein die Butterfahrten waren in der „guten, alten Zeit“ noch erlaubt – auch Plastiktüten waren eine Selbstverständlichkeit.

Hätten Sie's gewusst?

Mit Kaugummi zur Revolution

Preisschilder auf Waren wurden ab dem 26. Juni 1974 zunehmend überflüssig. An diesem Tag vor 50 Jahren wurde an einer amerikanischen Supermarktkasse erstmals ein Barcode ausgelesen. Die Striche, die den Handel revolutionierten, befanden sich auf einer Packung Kaugummi.

Als Norman Joseph Woodland eines Tages Linien in den Sand zeichnete, erinnerten diesen den früheren Pfadfinder an das Morsealphabet. Aus dieser Idee entwickelte der US-Amerikaner später mit dem Ingenieur Bernhard Silver eine Variante mit unterschiedlich dicken Strichen. Für diesen Barcode erhielten sie bereits 1952 das Patent. Doch erst über 20 Jahre später war ihre Erfindung dann alltagstauglich: Der erste per Strichcode bezahlte Wrigley's-Kaugummi ist noch heute im Washingtoner National Museum of American History zu bewundern.



Foto: Jürgen Fälchle / Adobe Stock

Begleitet dieses Geräusch heute jeden Einkauf, war das Piepsen an einer Kasse vor 50 Jahren noch etwas Besonderes.

Des Rätsels Lösung

Knackst du den Monster-Code? (Ausgabe Mai, Seite 16)

Das gesuchte Lösungswort lautete Erdbeereis.

Der Ball ist rund (Denksport, Seite 17)

Konnten Sie die teilweise doch recht ähnlichen Flaggen der EM-Länder zuordnen? Hier die Auflösung:

1. Polen,
2. Slowenien,

3. Tschechien,
4. Rumänien,
5. Albanien,
6. Österreich,
7. Kroatien,
8. Serbien,
9. Georgien,
10. Slowakei.

Von wegen Kinderspiel (Fehlersuche, Seite 16)

Siehe rechts.



Variante: LEICHT

			6	4			
4	2					6	8
				9	2	○	5
1	8		4	7	6		3
		6	8		4		
7		4	3	6		○	5
2		3	1				
6	4						1
			4	○	3		

Auflösung des Vormonats

8	1	4	2	7	9	3	6	5
5	9	7	6	4	3	2	1	8
6	2	3	5	8	1	9	7	4
7	8	2	3	5	4	1	9	6
1	5	9	7	6	8	4	3	2
3	4	6	9	1	2	8	5	7
4	6	8	1	9	7	5	2	3
9	3	5	8	2	6	7	4	1
2	7	1	4	3	5	6	8	9

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Dabei darf jede Zahl in jeder Zeile und jeder Spalte und in jedem 3x3-Feld nur einmal vorkommen.

Auflösung des Vormonats

1	6	4	2	3	5	7	8	9
9	2	5	7	6	8	4	1	3
8	3	7	4	1	9	6	2	5
3	7	2	1	9	4	8	5	6
4	8	9	6	5	2	1	3	7
5	1	6	3	8	7	2	9	4
7	5	3	8	4	1	9	6	2
2	9	1	5	7	6	3	4	8
6	4	8	9	2	3	5	7	1

Variante: MITTEL

	8		1	4			
1			3	5			9
6		○				1	4
		5	8		9		○
	3			2			8
			7		4	3	
	1	7			○		2
	4			9	1		3
				8	7		6

Möchten Sie einen weiteren (hier nicht abgebildeten) Buchpreis gewinnen? Dann notieren Sie die eingekreisten Zahlen von oben nach unten und schicken Sie diese per E-Mail an: sudoku@sovde.de oder per Post an: SoVD, Redaktion, „Sudoku“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss ist der 15. Juni.



8 Tage p.P. ab
€ 1.095,-

Mutsch
UNGARN
REISEN

Erholung pur in Bad Hévíz

Bad Hévíz liegt nur etwas sechs Kilometer nordwestlich des Balatons und ist vor allem für seinen natürlichen Thermalsee bekannt. Ein Bad im warmen Thermalwasser verspricht Wohlbefinden für Körper, Geist und Seele.



INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice und Transfer zum nächstgelegenen Flughafen*
- ✓ An- und Abreise per Flugzeug nach Wien inkl. Transfer zum Hotel und zurück
- ✓ 7/14/21x Übernachtung im 4+ Palace Hotel Hévíz
- ✓ 7/14/21x reichhaltiges Frühstücksbuffet
- ✓ 7/14/21x Abendessen als Buffet
- ✓ 1x Begrüßungscocktail
- ✓ Kostenfreie Nutzung des Wellnessbereichs
- ✓ Leihbademantel
- ✓ 2x Leihmöglichkeit von Nordic Walking Stöcken (nach Verfügbarkeit) pro Woche
- ✓ 5x Eintritt zum Thermalsee (3 Std.) pro Woche
- ✓ Kostenfreier Internetzugang (WLAN)
- ✓ Deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

TERMINE & PREISE 2024 p.P.

im Doppelzimmer:	21.08.24; 04.09.24; 18.09.24; 02.10.24; 16.10.24
7 Nächte	€ 1.095,-
14 Nächte	€ 1.570,-
21 Nächte	€ 1.975,-

ZUBUCHBARE LEISTUNG p.P.

- > Aufpreis Einzelzimmer: € 25,- pro Nacht
- > Aufpreis Kurpaket mit 7 Anwendungen: € 210,-
- > Aufpreis Kurpaket mit 10 Anwendungen: € 265,-
- > Aufpreis Kurpaket mit 14 Anwendungen*: € 325,-
- > Aufpreis Kurpaket mit 18 Anwendungen*: € 395,-
- > Aufpreis Kurpaket mit 25 Anwendungen*: € 505,-

Hinweise:

- *Mögliche Flughäfen: Berlin, Düsseldorf, Frankfurt/M., Hamburg, Hannover, Köln/Bonn, Leipzig, München, Stuttgart.
- *Nur ab einem Aufenthalt von 14 Nächten buchbar
- > Kurtaxe ist zahlbar vor Ort: ca. € 1,75 p.P./Tag
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > Veranstalter: Mutsch Ungarn Reisen, Vermittlungsbüro, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.mutsch-reisen.de/web/vagb.html oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden sie unter: www.mutsch-reisen.de/web/datenschutzerklaerung.html



Zimmerbeispiel, 4+ Palace Hotel Hévíz



Schwimmbad, 4+ Palace Hotel Hévíz

Reisecode: SOVD

Viele weitere Hotels finden Sie in unserem aktuellen Reisekatalog 2024 - Jetzt kostenlos anfordern!



8 Tage p.P. ab
€ 1.213,50

REISE
KÖNIG

Jetzt buchen & Sie erhalten das Ausflugspaket geschenkt!*

Zuschlag für Kabine zur Alleinbenutzung um 50% reduziert!

Goldener Herbst auf der Donau

Freuen Sie sich auf eine abwechslungsreiche Donau-Kreuzfahrt mit dem 4++ Schiff BELVEDERE. An Bord können Sie sich ganz gemütlich zurücklehnen und die Aussicht auf vorbeiziehende Naturschönheiten, wie die weinselige Wachau, genießen. Während Ihrer Landgänge erkunden Sie sehenswerte Metropolen, wie Wien, Budapest und Bratislava. Lassen Sie sich von der Vielfalt der lieblichen Donau verzaubern!

IHR REISEVERLAUF

Tag	Hafen	An	Ab
1	Abholung an Ihrer Haustür, Busreise nach Passau und Einschiffung.		17:00 Uhr
2	Ybbs (Österreich)	06:00 Uhr	12:00 Uhr
	Wien (Österreich)	20:30 Uhr	
3	Wien (Österreich) mit Stadtrundfahrt/-gang (inkl.).		19:00 Uhr
4	Budapest (Ungarn) mit Stadtrundfahrt/-gang (inkl.).	12:00 Uhr	
5	Budapest (Ungarn)		14:00 Uhr
6	Bratislava (Slowakei) mit Stadtrundgang (inkl.).	08:00 Uhr	14:00 Uhr
7	Melk (Österreich) mit Ausflug zum Benediktinerstift Melk (inkl.).	07:30 Uhr	13:30 Uhr
8	Passau, Ausschiffung und Rückreise bis zu Ihrer Haustür.	07:30 Uhr	



Kabinenbeispiel, 4++ BELVEDERE



Sauna, 4++ BELVEDERE

INKLUSIV-LEISTUNGEN

- ✓ Haustürabholung inkl. Kofferservice
- ✓ An- und Abreise im modernen Fernreisebus
- ✓ 7x Übernachtung an Bord der 4++ BELVEDERE und Kreuzfahrt gemäß Reiseplan
- ✓ Vollpension an Bord
- ✓ Ausflugspaket* im Wert von € 145,-
 - Stadtrundfahrt/-gang Wien & Budapest
 - Stadtrundgang Bratislava
 - Ausflug zum Benediktinerstift Melk
- ✓ Freie Nutzung der kostenfreien Bord-Einrichtung (Sauna, Whirlpool etc.)
- ✓ Freie Teilnahme am Unterhaltungsprogramm an Bord
- ✓ Deutschsprachige Kreuzfahrtleitung an Bord
- ✓ Sämtliche Schleusen-, Hafen- und Liegeplatzgebühren

TERMIN & PREISE 2024 p.P.

in 2-Bett-Kabine	28.10. - 04.11.24
HX Hauptdeck vom/achtern	€ 1.213,50
HD Hauptdeck	€ 1.313,50
MX Mitteldeck achtern	€ 1.513,50
MV Mitteldeck vorn	€ 1.593,50
MD Mitteldeck	€ 1.713,50
OX Oberdeck achtern	€ 1.833,50
OV Oberdeck vorn	€ 1.893,50
OD Oberdeck	€ 2.013,50
Zuschlag 2-Bett-Kabine zur Alleinbenutzung	15% statt 30%

ZUBUCHBARE LEISTUNG p.P.

- > Aufpreis Getränkepaket: € 203,-

Hinweise:

- *Bei Buchung bis 21.06.24 erhalten Sie das Ausflugspaket geschenkt!
- > Bei diesem Angebot gelten gesonderte Stornobedingungen!
- > Reiserücktritts-Versicherung empfehlenswert. Wir beraten Sie gerne!
- > Veranstalter: Vital Tours GmbH, Schulstr. 15, 69427 Mudau. Es gelten die Reisebedingungen des Veranstalters (Einsicht möglich unter: www.vitaltours.de/art oder im aktuellen Katalog). Änderungen vorbehalten, maßgeblich ist die Reisebestätigung. Unsere Datenschutz-Bestimmungen finden Sie unter: www.reise-koenig.de/datenschutz

Reisecode: SOVD



Ihre Reiseroute

Beratung & Buchung:
0800 - 72 35 264
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

@ info@mutsch-reisen.de

Beratung & Buchung:
0800 - 55 66 700
gebührenfrei / Mo.-Fr.: 9-17 Uhr

@ info@reise-koenig.de

Jubiläums-Aktion 75 Jahre Staatsgründung BRD/DDR

GRATIS für Sie:



DPS
Deutscher Philatelie Service
Bischofsweg 2b ■ 04779 Wernsdorf
Bestell-Telefon: 0800 / 5 88 79 22
Mo bis Fr: 7.00 – 17.30 Uhr (gebührenfrei)
E-Mail: handel@dps-wernsdorf.de
Shop: www.dps-shop.de

DDR-Markenheftchen „Fünfpfennig“ von 1960!

Jetzt kostenlos anfordern!

- ✓ **GRATIS:** Das Original-Heftchen „Fünfpfennig“ Eine Sammler-Rarität aus dem Jahr 1960. Das Heftchen enthält 18 Originalbriefmarken mit Motiven zum Fünfpfennig in der DDR. Mit den damals üblichen Reklameseiten wie „Denk' an Jolanthe!“ ein herrliches Zeitdokument von unvergänglichem Wert!
- ✓ Dazu **gratis** das aktuelle DPS*-Journal „franko“ mit Tipps und Angeboten rund ums Briefmarkensammeln.

GUTSCHEIN für 1 DDR-Heftchen

Ja, senden Sie mir **gratis** das wertvolle Original-Heftchen „Fünfpfennig“ und dazu das aktuelle DPS*-Journal „franko“. Ich gehe keinerlei weitere Verpflichtung ein. Lieferung versandkostenfrei.

Meine Anschrift:

Vorname, Name _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____ 24NB0

Schnäppchen-Bestellung:

Ja, liefern Sie mir die Sonderangebote, die ich so angekreuzt habe zum Schnäppchen-Preis:

Nr.	Bezeichnung	Preis	<input checked="" type="checkbox"/>
1	20 deutsche Briefmarkenblocks	€ 10,00	<input checked="" type="checkbox"/>
2	7 Märchen-Kleinbogen	€ 5,00	<input type="checkbox"/>
3	Gemeinschaftsausgaben der Alliierten	€ 11,50	<input type="checkbox"/>
4	„Kiloware“ deutsche Briefmarken	€ 9,50	<input type="checkbox"/>

Geschäftsführer R. Jannasch; Registergericht Leipzig, HRB 6791. Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer. Ausverkauf und Irrtum vorbehalten. Abbildungen können vom Original abweichen. Lieferzeit bei verfügbarer Ware 1-7 Werktage.

Jubiläums-Angebote zum Schnäppchen-Preis:

<p>1 20 deutsche Briefmarkenblocks!</p> <p>Die attraktiven Briefmarkenblocks werden nur zu besonderen Anlässen herausgegeben. 20 verschiedene, BRD, DDR und Berlin, immer postfrisch!</p> <p>Bestell-Nr. S-0025-0 nur € 10,-</p>	<p>2 7 Märchen-Kleinbogen der DDR!</p> <p>Das attraktive Set enthält die 7 schönsten Kleinbogen der berühmten „Märchen“-Serie, postfrisch!</p> <p>Bestell-Nr. S-0017-8 nur € 5,-</p>	<p>3 Komplet: Die Gemeinschaftsausgaben der Alliierten!</p> <p>Die Nachkriegs-Briefmarken für die amerikanische, britische und sowjetische Zone. Insgesamt 58 Briefmarken aus der Zeit 1946-1948, postfrisch!</p> <p>Bestell-Nr. 002-0911-9 nur € 11,50</p>	<p>4 „Kiloware“ Deutsche Briefmarken!</p> <p>Ein herrliches Sammelvergnügen: Bunte Mischung, fast nur BRD-Sondermarken, viele aktuelle Marken, auf Briefstücken gestempelt. 250-g-Beutel.</p> <p>Bestell-Nr. S-0139-3 nur € 9,50</p>
--	--	---	--

Kräuterhaus Sanct Bernhard www.kraeuterhaus.de **Bestell-Telefon: 073 34/96 540**

über 120 Jahre

Entwicklung und Herstellung im eigenen Haus

Seit 1903 Naturheilmittel und Kosmetik höchster Qualität!

Magnesium 400 supra-Kapseln

Magnesium verbessert die Funktion der Muskeln, insbesondere bei körperlicher Anstrengung. Es fördert so das Wohlbefinden – auch nachts – durch lockere, entspannte Muskeln und Waden.

Hoch dosiert – nur 1 x täglich!

Best.-Nr. 129 120 Kapseln für 4 Monate € 8,50
Best.-Nr. 135 300 Kapseln für 10 Monate € 17,50

Erotisan-Manneskraft

Die Kapseln unterstützen die sexuelle Funktionen des Mannes und tragen dazu bei, eine gesunde, natürliche Spannkraft zu erhalten. Die ausgewählten Extrakte aus Potenzholz, Damianablättern, Sabalfrüchten, sowie Guarana sind seit langem für ihre anregende Wirkung bekannt. Zur Anregung und Unterstützung für IHN.

Best.-Nr. 1043 120 Kapseln € 21,50
ab 3 Packungen nur € 19,00

Grünlippmuschel-Kapseln

Neuseeländische Grünlippmuscheln enthalten Glycosaminoglykane, die beim Menschen in den Gelenkknorpeln und der Gelenkflüssigkeit vorkommen. Jede Kapsel enthält 500mg reines Grünlippmuschel-Konzentrat.

Best.-Nr. 805 150 Kapseln für 2 Monate € 12,50
Best.-Nr. 1850 300 Kapseln für 4 Monate € 23,00

Orthopädisches Kopfkissen

Passt sich vollkommen der Form von Kopf + Schulter an. Dadurch wird der Nacken optimal gestützt, die Wirbelsäule erholsam entlastet und die Muskeln spürbar entspannt. Das allergene + milbensichere Kissen ist ein Garant für Schlafkomfort mit höchstem Erholungswert (ca. 42x74x15cm).

Aktion im Juni 2024!

Best.-Nr. 506 1 Kissen € 59,00 **49,-**
ab 2 Kissen nur € 55,00 **45,-**

Hyaluronsäure-Kapseln 500mg

Die Hyaluronsäure ist ein natürlicher Bestandteil der Haut, des Bindegewebes, der Gelenkflüssigkeit und des Knorpels. Jede Kapsel enthält 500mg Hyaluronsäure und 40mg Vitamin C, das zur Kollagenbildung beiträgt.

Best.-Nr. 864 90 Kapseln für 3 Monate € 19,50
ab 3 Packungen nur € 18,00

Bio-Hagebutten-Pulver

100% reines Hagebuttenpulver aus kontrolliert biologischem Anbau. Bio-Hagebutten-Pulver eignet sich unter anderem zur Anreicherung von Smoothies, Shakes, Müllis oder zur Vermischung mit Saft. Von Natur aus mit Galaktolipiden.

glutenfrei, vegan!

Best.-Nr. 563 500-g-Dose (je 1kg = €24,00) € 12,00
ab 3 Dosen (je 1kg = €22,00) nur € 11,00

Augenfit-Kapseln **Mit 12mg Lutein!**

Unterstützen die Gesundheit von Augen und Sehkraft und enthalten Lutein, Heidelbeer-Extrakt, Vitamin B2, Zink und Vitamin A. Zink sowie die Vitamine A und B2 tragen nachweislich zur Aufrechterhaltung einer normalen Sehkraft bei.

Best.-Nr. 105 90 Kapseln für 6 Wochen € 12,50
ab 3 Packungen nur € 11,00

GRATIS-TEST* GUTSCHEIN-Nr. 32 auch online einlösbar!

2-Monatspackung *FÜR ALLE NEUKUNDEN

JA, ich möchte mich selbst überzeugen! Zusammen mit meiner ersten Bestellung erhalte ich als Dankeschön **kostenlos und versandkostenfrei*** **Vitamin C + Zink Langzeit-Kapseln, 60 Stück**

Für gesunde, vitale Abwehrkräfte!

Außerdem erhalte ich **kostenlos** den großen **Sanct-Bernhard-Gesundheitskatalog** mit über 900 Naturheilmittel- und Kosmetikartikeln sowie ein wertvolles **Kosmetik-Probaset!**

Ich bestelle mit **14-tägigem Rückgaberecht** folgende Artikel:

Bestell-Nr.	Artikel	Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
96046	Vitamin C + Zink Langzeit-Kps.	1	GRATIS	

versandkostenfrei

Informationen zur Datenverarbeitung finden Sie unter www.kraeuterhaus.de/datenschutz. Alle Informationen zu unseren Produkten und die AGB finden Sie unter www.kraeuterhaus.de

Bestellung bitte an:
Kräuterhaus Sanct Bernhard KG
Helfensteinstr. 47, Abt. 32
73342 Bad Ditzenhach
Tel.: 073 34/96 540
Fax: 073 34/96 5444
Abteilung 32
www.kraeuterhaus.de

Namc, Vorname _____
Straße, Nr. _____
PLZ, Ort _____
Telefon (falls Rückfragen) _____ Geburtsdatum _____
Datum, Unterschrift _____

Ihre Helfer im Alltag

Pflegehilfsmittel von **meinPflegeset!**

Für die
häusliche
Pflege



So einfach gehts:

- 1 **Unterlagen** telefonisch oder online **anfordern** oder auf unserer Webseite **downloaden**
- 2 **Antrag ausfüllen** und an uns zurück **senden** – wir kümmern uns um den Rest
- 3 **Pflegeset zuzahlungsfrei erhalten** und jederzeit an Ihre Bedürfnisse anpassen



Haben Sie Fragen?
kontakt@mein-pflegeset.de

Kostenfrei anrufen
0800 000 83 64 (Mo-Fr 8-20 Uhr)

Weitere Infos unter
www.mein-pflegeset.de

meinPflegeset - ein Service von Praxis Partner

Praxis Partner ist seit fast 40 Jahren ein starker Partner an der Seite von Arztpraxen, medizinischen Versorgungszentren und ambulant operierenden Zentren in ganz Deutschland.



Praxis Partner Fachversand für
Arzt- und Laborbedarf GmbH

In den Fritzenstücker 9-11
65549 Limburg

fachversand@praxis-partner.de
www.praxis-partner.de



MODERNES THEMENHOTEL · BUFFET-RESTAURANT · BARS



BURGCAFÉ · EVENTS · LIVE-MUSIK · WELLNESS · FRISEUR



Spar-Luchs Special im Harz

Gaumenfreuden, Entertainment, Wellness, Erlebnisse und noch vieles mehr!

- **7 Tage / 6 Übernachtungen Vollpension Plus** inkl. großes Frühstücksbuffet
- **6 Mittag- und Abendessen** vom großzügigen Buffet inkl. Eis und aller Getränke zu den jeweiligen Mahlzeiten im Restaurant „Burghof“
- **Wohlfühl- und Erlebnispaket** mit tollen Inklusivleistungen (u. a. Minibar mit täglich kostenfreien Softgetränken, Begrüßungsdrink, Live-Musik, Eintritt zu allen Veranstaltungen des Hotels, u. v. m.)
- **20% Rabatt** auf Hotel-Wellness-Angebot und **10% Rabatt** auf Hotel-Friseur-Angebot (nach Voranmeldung und Verfügbarkeit)
- **Eintritt Luftfahrtmuseum Wernigerode** • **Wertgutschein Hotel-Shop**



Ihr Komplettpreis

Angebot gültig im Zeitraum bis 22.12.24
Kinder 5-15J stark ermäßigt. Kinder 0-4J kostenfrei.
Zzgl. Energiekostenpauschale 3,00€/Erw./Nacht.

je Erw.
im DZ

558,- €

Alle Angebotspreise inkl. MwSt. zzgl. Kurtaxe.

Jetzt bis zu
**50%
Vorteil!**

Das gute Gefühl, vorgesehen zu haben.

Attraktiver Versicherungsschutz
für die Mitglieder des
Sozialverbandes Deutschland e. V.

Sie und Ihre Angehörigen können von unseren vorteil-
haften Vorsorge- und Versicherungsangeboten profitieren.
Unser Portfolio für Verbandsmitglieder reicht von der
Sterbevorsorge über die Unfallversicherung bis hin zur
privaten Haftpflichtversicherung.

Haben Sie Interesse? Dann wenden Sie sich an uns:
ERGO Beratung und Vertrieb AG, ERGO AO/55plus
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)



Scannen Sie den QR-Code
oder gehen Sie auf
www.ergo.de/vereine-und-verbaende

ERGO

Einfach, weil's wichtig ist.



Nicht nur Frauensache

Besser mit
Wechseljahren im
Job umgehen.

Lesen, was gesund macht.

SoVD-Zeitung digital



Gleich QR-Code
scannen und
anmelden!

- + schneller bei Ihnen als im Postversand
- + enthält alle Landesbeilagen sowie zusätzliche Links und Videos in den Artikeln
- + für Tablets und Smartphones
- + schont die Umwelt



Wechseln Sie zum E-Paper!

Der kürzeste Weg zur Anmeldung geht über das Smartphone. Einfach den QR-Code-Scanner öffnen und über den Code halten. Es erscheint ein Link, den Sie antippen können. Wenn auf Ihrem Gerät kein Scanner installiert ist, finden Sie einen im AppStore oder bei Google Play.

Foto: Farknot Architect / Adobe Stock

Sie können sich auch per Post anmelden. Schicken Sie das ausgefüllte Formular an:
Sozialverband Deutschland
Abteilung Redaktion
Stralauer Straße 63, 10179 Berlin

Ich möchte in Zukunft die SoVD-Zeitung digital als E-Paper erhalten.

Name

Vorname

E-Mail

Telefon

Mitgliedsnummer

Unterschrift

Gerne können Sie sich auch direkt über die Website ummelden: www.sovd.de/e-paper